

Lernen aus der  
Geschichte

# LaG - Magazin

Der Multidimensionale

Erinnerungsmonitor (MEMO)

27.10.2021

# Lernen aus der Geschichte

## Inhaltsverzeichnis

### Zur Diskussion

Vorwort zur LaG-Ausgabe „Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor (MEMO)“ .....	5
Vorstellung der MEMO-Studien.....	7
Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor – relevant für die Gedenkstättenarbeit.....	10
Wo und wie erinnert wird. Gedenkstätten als Stützen der Erinnerungskultur.....	14
Welchen Stellenwert haben die „neuen Medien“ im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus?.....	18
MEMOrabilien für die historisch-politische Bildung.....	25
Das Bewusstsein für die Kontinuitäten nationalsozialistischen Gedankenguts.....	30
Im langen Schatten der Entnazifizierung. Familiäre Erinnerungen an Helfer, Opfer und Täter.....	35
Die Rolle des Statistischen Bundesamts bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus.	41
„Ich fühle mich wie Sophie Scholl“ - Anmerkungen zu Geschichtsrevisionismus und Verschwörungsmmythen in der Querdenken-Bewegung.....	45
Alle Erinnerungskultur nach Auschwitz ist Müll. Vom Nutzen und Scheitern der Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit.....	49

Liebe Leser\*innen,

wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins. Thema sind die Studien des Multidimensionalen Erinnerungsmonitors (MEMO), die das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld, gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), durchführt. Auch dieses Magazin erscheint in Förderung durch die Stiftung EVZ und in Zusammenarbeit mit dem IKG. Wir haben Expert\*innen aus unterschiedlichen Bereichen um ihre Einschätzungen und Kommentare zu den MEMO-Studien gebeten. Den Kolleg\*innen aus Gedenkstätten, Wissenschaft, NGOs und der historisch-politischen Bildung haben wir dafür einen weiten Rahmen gelassen.

Zu Beginn steht ein Vorwort von *Andrea Despot*, der Vorstandsvorsitzenden der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

*Michael Papendick*, an den Studien als wissenschaftlicher Mitarbeiter des IKG beteiligt, stellt inhaltliche Überlegungen und das Studiendesign des Multidimensionalen Erinnerungsmonitors vor.

*Elke Gryglewski* geht auf die Relevanz der Studienergebnisse für NS-Gedenkstätten ein. Für deren Zukunftsfähigkeit macht sie als Eckpunkte multiperspektivische Darstellungen und Erzählungen aus, die sich neben den Opfern auch mit Täter\*innen, Zuschauer\*innen und Widerständigen befassen.

*Verena Haug* verweist auf die hohe Akzeptanz der Gedenkstätten bei der Bevölkerung, die allerdings einhergeht mit Wissenslücken zur Ereignisgeschichte und anhaltenden Defiziten in innerfamiliären Auseinandersetzungen um Täterschaft und Mitläufertum während des Nationalsozialismus.

Digitale Formate sind im Aufwind, schreiben *Iris Groschek* und *Steffen Jost*, mit Blick auf die Vermittlung der NS-Geschichte. Diese Entwicklung zeigt sich nicht nur in den Gedenkstätten und Möglichkeiten, diese virtuell zu besuchen, sondern auch in der Entwicklung digitaler Spiele, Podcasts, bei diversen Social Media Formaten und bei 3D-Formaten mit virtuell dargestellten Zeitzeug\*innen.

*Jan Krebs* bezieht sich auf Studienbefunde, die ein hohes Maß an Mitverantwortungsgefühl der Befragten daran zeigen, dass Diskriminierungen entgegengetreten wird. Er macht allerdings eine Lücke aus zwischen den entsprechenden Antworten und der Bereitschaft, sich selbst zu engagieren. Der Autor fragt, wie historisch-politische Bildung hier unterstützen kann.

Mit historischen Kontinuitäten der NS-Zeit bis in die Gegenwart und ihrer sozialwissenschaftlichen Erforschung befassen sich *Michael Papendick* und *Maren Scholz*. Dabei bieten die Ergebnisse der MEMO-Studien erste Eindrücke in das Geschichtsbewusstsein der bundesrepublikanischen Bevölkerung.

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Einleitung

Das Familiengedächtnis vieler Deutscher unterscheidet sich, so *Hanne Leßau*, von den öffentlichen Auseinandersetzungen zum Umgang mit der NS-Vergangenheit. Während es bei letzteren deutliche erinnerungspolitische Einschnitte gegeben habe, verharret das private Erinnern in den Familien gerade angesichts des Wissens über den Nationalsozialismus in Abwehrhaltungen.

Inwieweit bietet die Frage nach einem sogenannten Migrationshintergrund im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Erkenntnisgewinne? *Rosa Fava* befasst sich mit methodologischen Problemen, die in sozialwissenschaftlichen Studien bestehen.

Verschwörungsideologisches Denken und Fühlen finden sich bei mindestens einem Fünftel der Bevölkerung. Gleichzeitig finden die geschichtsrevisionistischen Positionen von Bewegungen wie Querdenken wenig Zustimmung. Mit der Struktur und Funktion von verschwörungsideologischen Weltdeutungen beschäftigt sich *Tom Uhlig*.

Einen grundlegend kritischen Blick auf das, was als Erinnerungskultur gilt, und auf die Grenzen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im pädagogischen Rahmen wirft *Ingolf Seidel*.

Wir danken allen Autor\*innen, die uns ihre Überlegungen für dieses LaG-Magazin zur Verfügung gestellt haben. Ein besonderer Dank für die Zusammenarbeit geht an *Michael Papendick* vom IKG und an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ für die Unterstützung durch

*Corinna Jentzsch* und *Friedrike Niemann* sowie für die Förderung der Ausgabe seitens der Stiftung.

Das nächste reguläre LaG-Magazin erscheint am 1. Dezember. Es widmet sich dem Widerstand von Jugendlichen gegen den Nationalsozialismus.

Die angekündigte Sonderausgabe zu „Verschwörungsmythen in Geschichte und Gegenwart“ mussten wir auf den 17. November verschieben.

Ihre LaG-Redaktion

### Vorwort zur LaG-Ausgabe „Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor (MEMO)“

„MEMO Deutschland, der Multidimensionale Erinnerungsmonitor“ untersucht den aktuellen Zustand und die Wesenheiten der Erinnerungskultur in Bezug auf das nationalsozialistische Unrecht in Deutschland. Sich diesen anzunähern und sie einzuordnen, bleibt das erklärte Ziel der von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft geförderten Studie, die seit 2017 läuft. Die vielfältigen Ergebnisse des Multidimensionalen Erinnerungsmonitors zeigen, dass wir dieses Ziel mit den bisher vier veröffentlichten Studien erreicht haben – und gleichzeitig noch einiges zu fragen bleibt.

Das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, welches Teil des Forschungsverbundes Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist, führt die Untersuchungen als repräsentative Meinungsumfrage im Bevölkerungsquerschnitt durch.

Anspruch an die MEMO-Studien ist es, zum einen Erkenntnisse für die breit aufgestellte Institutionenlandschaft der Erinnerungskultur in Deutschland zu liefern. Angesichts der Vielfalt der Akteure in diesem Feld und ihrer zahlreichen Aktivitäten sollen zum anderen aber auch die eigentlichen Adressaten der historisch-politischen Bildung nicht aus dem Blick geraten: Die Lernenden selbst. Um beides zu ermöglichen, stellen die Bielefelder Forscher:innen einschlägige Daten bereit und können für konkrete Vertiefungen Daten korreliert aufbereiten.

Wir freuen uns sehr, dass in Zusammenarbeit mit dem Magazin von Lernen-aus-der-Geschichte in der vorliegenden Ausgabe der Blick auf die MEMO-Studien geweitet wird und darin zahlreiche Autor:innen vertiefte Analysen der MEMO-Daten präsentieren. Wir danken für die unterschiedlichen Interpretationen und auch die konstruktiv-kritischen Betrachtungen. Denn es bleibt eine Herausforderung, die „richtigen“ Fragen zur Erinnerungskultur zu entwickeln, die alles andere als statisch ist und sich wandelt.

Die MEMO Studie wartet mit vielfältigen Ergebnissen und interessanten Erkenntnissen auf: 1. die Befragten erinnern die Deutschen überwiegend *nicht* als Tätergesellschaft und 2. zeigt sich *entgegen der historischen Fakten* eine Verschiebung hin zur Wahrnehmung der Deutschen v.a. als Helfer und als Opfer des Nationalsozialismus. Weiterhin wurde deutlich, dass die Befragten – ausgehend von den tatsächlichen Zahlen – 3. das Ausmaß der Zwangsarbeit in den Gebieten des Deutschen Reichs *zahlenmäßig als zu gering* einschätzen.

Die gegebenen Antworten auf Fragen zu ihren politischen und sozialen Einstellungen machen deutlich, dass der historisch-politischen Bildung eine Schlüsselrolle bei der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zukommt. Je mehr sich nämlich Menschen mit der Geschichte des Nationalsozialismus aktiv beschäftigen, umso weniger stimmen sie antisemitischen Aussagen und Verschwörungserzählungen zu. Auch dies ist ein Befund, den MEMO herausgearbeitet hat.

Die Stiftung EVZ fördert MEMO auch mit dem Ziel, die Erinnerungskultur(en) und die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu stärken und dafür passgenaue, zielgruppenadäquate Bildungsangebote zu entwickeln. Die erhobenen Daten bieten eine faktenbasierte, empirische Grundlage dafür, wie zeitgemäße kritische Erinnerungsarbeit/-kultur heute gestaltet werden sollte, um wirksam und lebendig zu sein. Es wird deutlich, dass es notwendig ist, lebensweltliche Bezüge für Menschen herzustellen, die sich nur punktuell mit historischen und erinnerungskulturellen Fragen auseinandersetzen können oder wollen. Anhand der Daten zu den „Wegen der Auseinandersetzung“ erkennen wir, welche Medien und Formate Menschen nutzen und womit sie am besten lernen. Wir engagieren uns deshalb auch dafür, dass diese Daten breit rezipiert und in der Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Auf diesem Weg gehen wir weiter voran – demnächst in Form einer eigenen Jugendpanelstudie. In dieser Analyse werden Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren zweimal online zu ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie zu ihren Einschätzungen zur Erinnerungskultur in Deutschland befragt. Sie bietet daher einerseits die Möglichkeit, Verlaufsdaten und mögliche Veränderungen innerhalb einer Spanne von ca. einem Jahr zu analysieren. Andererseits werden auch offene Fragen gestellt, deren individuelle Beantwortung eine breitere qualitative Analyse ermöglichen. Daraus werden sich

sicherlich neue Einsichten gewinnen und auch Erkenntnisse für eine zukunftssträchtige und wirksame Erinnerungskultur ableiten lassen.

In diesem Sinne: Durch die Lektüre wünsche ich Ihnen interessante und wertvolle Einblicke in das Erinnern in Deutschland, in sein Gedächtnis und seine Erinnerungskultur!

Ihre Dr. Andrea Despot

Über die Autorin

Die Politologin und Osteuropahistorikerin Dr. Andrea Despot ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

### Vorstellung der MEMO-Studien

Von Michael Papendick

Die MEMO-Studien werden seit 2017 von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gefördert und durch das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld koordiniert. Bisher sind im MEMO-Projekt die Ergebnisse von vier repräsentativen empirischen Untersuchungen zur deutschen Erinnerungskultur veröffentlicht worden, wobei der Fokus dieser Studien auf der gesellschaftlichen Erinnerung an und Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus liegt. Das Akronym MEMO steht für den „Multidimensionalen Erinnerungsmonitor“. Die Multidimensionalität in der Untersuchungsanlage bezieht sich dabei auf die verschiedenen Dimensionen des Erinnerns und der Auseinandersetzung, die in den Studien betrachtet werden. MEMO untersucht sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene, *was* erinnert wird (z.B. konkrete historische Ereignisse, Opfergruppen des Nationalsozialismus oder Wissen über die eigene Familiengeschichte), *wie* erinnert wird (z.B. welche Wege und Orte der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit genutzt werden), *welche Einstellungen und Emotionen* Befragte in Bezug auf die deutsche NS-Vergangenheit berichten und in welchem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit der Geschichte mit *Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Themen in der Gegenwart* steht.

Die erhobenen Daten erlauben dabei auch Zusammenhänge mit demographischen Faktoren und verschiedenen Einstellungsmustern zu überprüfen. So lässt sich beispielsweise untersuchen, inwiefern bestimmte Zugänge und Einstellungen zur deutschen NS-Vergangenheit sich generationenunterscheiden und in welchem Zusammenhang sie mit dem Glauben an Verschwörungserzählungen in der Gegenwart stehen. Dadurch, dass einzelne Fragen in den MEMO-Studien wiederholt, d.h. in aufeinanderfolgenden Befragungen gestellt werden, ermöglichen die Studien perspektivisch auch Aussagen über Entwicklungsverläufe und Veränderungen. Eine solche empirische Perspektive auf die deutsche Erinnerungskultur scheint gegenwärtig nicht bloß theoretisch relevant. Nach der Konzeption des *kommunikativen* und *kulturellen Gedächtnisses* als Subkomponenten einer geteilten *kollektiven Erinnerung* nach Assmann (1992) befinden wir uns aktuell in einer erinnerungskulturellen Umbruchphase. Durch die zunehmende zeitliche Distanz und gesellschaftliche Entwicklungen wie das Versterben der letzten Zeitzeug\*innen der NS-Zeit stehen wir vor dem vermeintlichen Ende der kommunikativen Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und vor der Herausforderung, die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen aufrechtzuerhalten. Eine Analyse des „Zustands“ der deutschen Erinnerungskultur scheint vor diesem Hintergrund umso relevanter. Ziel der MEMO-Studien war und ist es, einen empirischen Beitrag

zu den gesellschaftlichen und politischen Diskursen über Gegenwart und Zukunft der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus zu leisten.

Methodisch handelt es sich bei den MEMO-Studien um repräsentative Telefonbefragungen. Die Repräsentativität bezieht sich dabei auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter ab 16 Jahren. Um die Unabhängigkeit der Befragungen und eine hohe Datenqualität zu gewährleisten, werden die telefonischen Befragungen, die den MEMO-Studien zugrunde liegen, von professionellen Umfrageinstituten durchgeführt. Im Rahmen der Untersuchungen werden jeweils 1.000 zufällig ausgewählte Personen aus allen Bundesländern mittels standardisierter computergestützter Interviews von geschulten Interviewer\*innen befragt. Die Teilnahme an den Befragungen ist anonym und freiwillig. Die Teilnehmer\*innen können die Befragungen jederzeit auf eigenen Wunsch beenden. In den durchschnittlich 25-minütigen Interviews beantworten die Befragten offene und geschlossene Fragen aus den Themenkomplexen der Erinnerungskultur, der NS-Geschichte und aktueller gesellschaftspolitischer Debatten. Die Ergebnisse der Befragungen werden jeweils in Berichtsform in deutscher und englischer Sprache aufbereitet und veröffentlicht. Alle bisherigen MEMO-Studien sind über die Homepage der Stiftung EVZ frei zugänglich. In den Berichten sind die Ergebnisse der jeweiligen Befragung vollständig dargestellt und inhaltlich eingebettet.

Inhaltlich umfassen die MEMO-Studien eine Vielzahl von Themen, in der Regel mit direktem Bezug zur gesellschaftlichen Erinnerung an und Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus. In die Vor- und Nachbereitung der bisherigen Studien wurden jeweils Expert\*innen aus der Erforschung und Praxis der Erinnerungskultur eingebunden, darunter Forscher\*innen aus den Geschichts-, Erziehungs- und anderen Sozialwissenschaften, Mitarbeiter\*innen von Gedenkstätten und -orten und weiterer historisch-politischer Bildungseinrichtungen sowie Vertreter\*innen des Zentralrats der Juden in Deutschland. Insgesamt haben bisher etwa 70 Expert\*innen an den MEMO-Studien mitgewirkt. In gemeinsamen Workshops wurden die Studienergebnisse kritisch reflektiert und mögliche Themenschwerpunkte für Folgebefragungen erarbeitet. Durch die stetige Veränderung des Erhebungsinstruments greifen die bisherigen MEMO-Studien verschiedene Facetten der NS-Erinnerungskultur auf. Sie erheben dabei nicht den Anspruch, die deutsche Erinnerungskultur im Sinne eines singulären Phänomens in Vollständigkeit abzubilden. Bisherige Themenschwerpunkte waren unter anderem das Wissen über die Opfergruppen des Nationalsozialismus, die Nutzung verschiedener Zugänge zur Auseinandersetzung mit dem Thema, die Kontexte und Wahrnehmungen von Gedenkstättenbesuchen sowie die vorherrschenden Narrative über die Verstrickung der deutschen Bevölkerung und der eigenen Vorfahren. Die erhobenen Daten stellen die Grundlage für

mögliche weitergehende Analysen zu spezifischen Fragestellungen dar. Auch bieten die Daten sich zur Anwendung in Kontexten der historisch-politischen Bildung an und können genutzt werden, um Diskussionen und Reflexionsprozesse anzustoßen. Im Spätsommer 2021 begann im Rahmen des MEMO-Projekts zudem eine gezielte Online-Befragung junger Erwachsener zwischen 16 und 25 Jahren. Diese werden mit einem zeitlichen Abstand von zwölf Monaten zweimalig und vertiefend zu Aspekten der deutschen Erinnerungskultur und ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte befragt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden voraussichtlich Ende 2022 veröffentlicht.

In der vorliegenden Ausgabe des LaG-Magazins diskutieren Expert\*innen auf der Grundlage von MEMO I-IV gesellschaftspolitisch relevante Fragen der Erinnerungskultur und werfen dabei auch einen kritischen Blick auf die Studien und die Möglichkeiten und Grenzen sozialwissenschaftlicher Forschung.

### Literatur

Jan Assmann (1992): Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen.

#### Über den Autor

Michael Papendick ist Psychologe (M. Sc.) und Psychologischer Psychotherapeut. Er koordiniert die MEMO-Studien am IKG und forscht seit 2018 zu Erinnerungskultur, kollektiver Erinnerung und Geschichtsrevisionismus, seit 2020 auch im Kontext des vom BMBF geförderten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

### Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor – relevant für die Gedenkstättenarbeit

Von Elke Gryglewski

Die Studie MEMO wird von vielen Kolleg\*innen aus den Gedenkstätten mit Interesse verfolgt. Manches kann dabei einfach zur Kenntnis genommen werden und hat wenig Einfluss auf die tägliche Arbeit. Andere Befunde hingegen müssen intensiv im Hinblick auf ihre Folgen für den Umgang mit dem Publikum im Rahmen von Ausstellungen, Recherchebegleitung und Bildungsveranstaltungen diskutiert werden.

Da das Forschungsteam um Andreas Zick frühzeitig Praktiker\*innen aus den Gedenkstätten zur Weiterentwicklung der Fragen für die Studien einbezog, konnten für die Gedenkstättenarbeit wichtige Aspekte generiert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass sich die Fragen in weiten Teilen auf Einstellungen zum Nationalsozialismus, seinen Folgen und dem Umgang damit und nur an notwendigen Stellen auf konkretes Wissen über den Nationalsozialismus und die Shoah beziehen, was sie für die eigene Arbeit relevanter macht.

Besucher\*innen beispielsweise, die zunächst nichts mit spezifischen Begriffen wie Gestapo oder Majdanek anfangen können, werden, wenn sie Interesse für das Thema mitbringen, die im Rahmen eines Besuches angebotenen Erklärungen an- und aufnehmen und den historischen Ort mit mehr

Wissen verlassen. Wer von Beginn an das Gefühl hat, sich schon zu viel mit dieser Epoche befasst zu haben, wird in der Regel wenig Neues zulassen.

Die Befunde bestätigen vielfach die bis dato nicht empirisch belegt aber gefühlt richtigen eigenen Erfahrungen aus der täglichen Arbeit. Dass sich beispielsweise das Interesse am Nationalsozialismus von sogenannten Menschen mit Migrationshintergrund nicht unterscheidet vom Interesse derer ohne Migrationshintergrund.

Andere Befunde überraschen aber auch und führen zu Veränderungen der Diskussionen.

Manche Befunde sind ambivalent und verweisen eher darauf, dass weitere Befragungen für ein eindeutiges Urteil nötig wären. So gaben in der ersten Studie eher Jüngere an, vor allem in der Schule etwas über den NS gelernt zu haben. Nachdem die Frage in späteren Studien auf das in der Schule zum NS Gelernte fokussiert wurde, sind die Zahlen ambivalenter und reichen von Aussagen, dass in der Schule „wenig bis kaum“ bis hin zu „eher viel“ zum NS gelernt wurde. Ob damit eine Beziehung zu den Erkenntnissen von Studien herzustellen ist, die die Auseinandersetzung mit dieser Epoche im schulischen Kontext problematisieren, weil Werteerziehung und Notengebung generell schlecht in Einklang zu bringen sind oder ob sie einen Generationenwechsel dokumentieren, nach dem jüngere Lehrkräfte diesen historischen Abschnitt weniger beleuchten, weil sie selber im Studium zu wenig dazu gelernt haben, ist schwer einzuschätzen.

Hier können die Mitarbeiter\*innen von Gedenkstätten sich lediglich auf ihre Erfahrungen verlassen, dass sogenannte Zwangsbesuche in Gedenkstätten eher kontraproduktiv sind. Auch wenn diese angesichts der Aussage, Gedenkstättenbesuche seien (neben Spielfilmen) sehr prägend gewesen, als vermeintliche Antwort auf geringen schulischen Lehrstoff gegeben werden könnten.

Die Aussage hingegen, dass Spielfilme prägend für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus waren oder bei der Beschäftigung mit dem Thema eine große Rolle spielen, ist relevant. Mitarbeiter\*innen von Gedenkstätten müssen sich immer wieder vergegenwärtigen, dass ihr Publikum mit spezifischen Bildern im Kopf die Ausstellungen wahrnimmt oder den mündlichen Ausführungen folgt. Und sie müssen versuchen, mitgebrachtes spielfilmbasiertes Wissen mit den neuen Informationen so zu verbinden, dass das reale historische Geschehen die Spielfilmsequenzen ablösen oder überlagern kann.

Dass das Internet oder digitale Medien noch nicht oder kaum zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus genutzt werden, wohl aber auf Interesse stoßen, zeigt, wie wichtig die Gedenkstätten als historische Orte sind. Zunehmend werden sie die Rolle der Überlebenden übernehmen und wir Mitarbeiter\*innen werden weiterhin gewissenhaft mit den dort vorhandenen Objekten und den analogen Zeugnissen umgehen müssen, um sie gewinnbringend dem Publikum näher zu bringen. Gleichzeitig aber deuten die Aussagen auch darauf hin,

dass wir verantwortungsvoll neue Medien in unsere Arbeit einbeziehen müssen. Nachwachsende Generationen werden zunehmend an sie gewöhnt sein und über sinnvolle digitale Angebote Zugang zu historischen Quellen finden.

Viel schwieriger jedoch, weil im gesellschaftlichen Diskurs verankert, sind die Befunde, die Ambivalenzen in Bezug auf die Bewertung des Nationalsozialismus und seiner Folgen aufzeigen. Da sind zunächst die Aussagen, die eine Schieflage in Bezug auf die Täter-Opfer Perspektive verdeutlichen. Natürlich ist bemerkenswert, dass eine Mehrheit bei der ersten Studie äußerte, sie hätten keine Verwandte, die Jüdinnen\*Juden geholfen haben. Ebenso ist interessant, dass in der vierten Studie nur eine Minderheit der Meinung ist, die damalige deutsche Bevölkerung habe keine Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Oder die Mehrheit in derselben Studie stark ablehnt, dass die deutsche Bevölkerung während der NS Zeit genauso gelitten habe wie die Gruppen, die verfolgt wurden.

Dass aber in der ersten Studie gleichzeitig 54% davon überzeugt sind, dass ihre Verfahren unter den Opfern waren, ist ein problematischer Befund. Er zeigt einerseits, wie sehr das Narrativ über die Deutschen als Opfer von Hunger, Bomben, Krieg, Flucht und Vertreibung im gesellschaftlichen Diskurs festgeschrieben ist. Er dominierte in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Rückschau auf den Nationalsozialismus und gewann ab 2002 mit dem Roman *Krebsgang* von Günter Grass zunehmend wieder an Bedeutung.

Auch zeigt uns dieser Befund, dass bei der Rede vom Sterben der Zeitzeug\*innen oft eines vergessen wird: In vielen Familien gibt es noch Zeitzeug\*innen. Nämlich die Großeltern, die das Kriegsende als Kinder erlebten und nach ihren Erinnerungen gefragt, überwiegend von Bombennächten, Hunger und vielfach von Flucht berichten. Unabhängig davon, für wie wichtig sie eine Auseinandersetzung mit den während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen halten.

Ähnlich ambivalent verhält es sich mit dem einerseits differenzierten Wissen zu Täterschaft und dem andererseits im privaten Umfeld genannten widerständigen Handeln oder Unterstützung für die Opfer.

Und so ist für die Gedenkstättenarbeit immens wichtig, in pädagogischen Kontexten mit diesen Unstimmigkeiten umzugehen. Zunächst müssen wir uns fragen, ob nicht auch unsere Ausstellungen die bestehenden gesellschaftlichen Narrative verstärkt oder zumindest mitgetragen haben. So gibt es Gedenkstätten, die als sogenannte Täterorte den Fokus auf Täter\*innen und Täterschaft legen, ohne dabei eine wirkliche Verbindung zu den Betroffenen und Opfern herzustellen. Diese werden vielfach in der Gestaltung isoliert mit ihrem Schicksal präsentiert. In den KZ Gedenkstätten wird hingegen die Geschichte der Orte vielfach ausschließlich aus der Perspektive der Verfolgten erzählt – Täter\*innen und Täterschaft gibt es nicht. Auch wenn dies aus der nachvollziehbaren Haltung geschah, an diesen Orten dürfe nur

die Perspektive der Überlebenden präsentiert werden, nachdem es so lange dauerte, bis überhaupt eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen stattfand, so fehlt in der Darstellung die Frage danach, wieso es zu deren Leid hat kommen können.

Die oft fehlende multiperspektivische Erzählung erlaubte und erlaubt, voneinander losgelöste Gedankenkonstrukte zu bilden. So kann beispielsweise Täterschaft zwar theoretisch benannt werden, gleichzeitig fehlt aber das Verständnis für die Bedeutung von Zuschauen, Profitieren oder realen Widerstand.

Die von Besucher\*innen am häufigsten formulierte Frage, wie es *dazu* kommen konnte, muss fundiert und differenziert beantwortet werden. Beantwortet werden im Spannungsfeld zwischen Erklärung, die verdeutlicht, dass das System mit dem Handeln der Gesellschaft nicht vom Himmel fiel, und Erklärung, die nicht apologetisch wirkt. Strukturen des NS-Staates und Motivationen und Handlungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppe in diesem Staat aufzuzeigen ist Teil davon.

Wenn Gedenkstätten bleibend Orte sein werden, die einen wesentlichen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus leisten, werden wir – gemeinsam mit formellen Bildungseinrichtungen – an Konzepten arbeiten müssen, die das Wissen langfristig weniger abstrakt bleiben lassen. Durch eine multiperspektivische Darstellung und Erzählung, wie das Publikum sie aus ihrer Gegenwart gewohnt ist,

sollte das Verständnis für ein differenziertes Bild von Täter\*innen, Widerständigen, Zuschauer\*innen und Betroffenen und Opfern ermöglicht werden. Dieses ist auf lange Sicht die Grundlage für eine realistischere Sicht auf familiäre Verstrickungen, wenngleich sie im Rahmen von üblichen Gedenkstättenbesuchen eher nicht besprochen werden. Damit einher geht schließlich die Chance, ein differenziertes Bild von eigenen Handlungsoptionen in der Gegenwart zu gewinnen.

### Literatur

Wolfgang Meseth, Matthias Proske und Frank-Olaf Radtke „Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts“, Frankfurt a. M. 2004.

Verena Nägele „Die universitäre Lehre über den Holocaust in Deutschland“, 2018.

#### Über die Autorin

Dr. Elke Gryglewski arbeitet seit Januar 2021 als Geschäftsführerin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Sie ist zudem Mitglied in dem vom Bundestag eingesetzten Unabhängigen Expertenkreisen Antisemitismus und Expertin für das Auswärtige Amt zur Einrichtung einer Gedenkstätte zur Geschichte der Colonia Dignidad.

### Wo und wie erinnert wird. Gedenkstätten als Stützen der Erinnerungskultur

Von Verena Haug

Bereits vor zwanzig Jahren bezeichnete Volkhard Knigge in der 100. Ausgabe des „Gedenkstättenrundbriefs“ Gedenkstätten als „kulturelle Grundausstattung“ der Bundesrepublik Deutschland. Der langjährige Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora bezog sich dabei auf die deutlich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. 2001, zwei Jahre nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, konnte auch in Bezug auf diejenigen Gedenkstätten, die in der alten Bundesrepublik gegen große Widerstände in Bevölkerung und Politik erstritten worden waren, nicht mehr grundsätzlich von marginalisierten Einrichtungen gesprochen werden. 2015 zeichnete Detlef Garbe, ebenfalls langjähriger Direktor der KZ-Gedenkstätte – Neuengamme – diese Entwicklung vom „Unort zum Lernort“ als „Erfolgsgeschichte“ (wenn auch „im Gegenwind“) nach. Die Empirie hinter diesen Schlagworten fußte vor allem auf den staatlichen Maßnahmen nach 1990, die die bürgerschaftlich getragenen und allenfalls regional geförderten Orte zu Institutionen von nationalem Rang machte.

#### Hohe Akzeptanz von Gedenkstätten

Ob sich die gestiegene offizielle Bedeutsamkeit und Akzeptanz von Gedenkstätten aber vor allem auf politischer Ebene abbildeten, oder ob diese auch von der breiten

Bevölkerung getragen waren, war bislang kaum empirisch bestätigt. Der Multidimensionale Erinnerungsmotor (MEMO) untersucht seit 2018, „was, wie und wozu Bürgerinnen und Bürger in Deutschland historisch erinnern“. Die inzwischen viermal durchgeführten repräsentativen Befragungen zeigen, dass Gedenkstätten nicht nur staatlich geförderte Institutionen sind, die das Selbstbild eines Deutschlands, das seine Vergangenheit aufarbeitet, nach außen tragen sollen. Gedenkstätten weisen in allen Befragungen solide Zustimmungswerte von etwa einem Drittel der Befragten auf, wenn es darum geht, wo die Bevölkerung in Deutschland mit dem Thema Nationalsozialismus konfrontiert ist und wie sie sich die Einzelnen damit auseinandersetzen.

Gedenkstättenbesuche werden in der Reihenfolge der Orte, die am prägendsten für die eigene Meinung zur deutschen Geschichte eingeschätzt werden, gleichrangig mit Dokumentar-, Kino- und Fernsehfilmen genannt. Ein hoher Prozentsatz der Befragten gab dafür 2017/18 an, mindestens einmal in einer Gedenkstätte gewesen zu sein, viele waren dies sogar mehrmals. Auch wenn der hohe Anteil noch der Widerschein der DDR-Praxis sein dürfte, Gedenkstättenbesuche flächendeckend zu organisieren, sind die Zahlen beachtlich. Nur 13,5% aller Befragten gaben an, noch nie eine Gedenkstätte besucht zu haben – 90% von ihnen sind in Westdeutschland aufgewachsen.

### Gedenkstätten und historisches Wissen

47% der Befragten nannten auf die Frage, welche Gedenkstätten besucht wurden, konkrete KZ-Gedenkstätten. Unter dem bis heute nicht klar definierten Begriff „Gedenkstätte“ wurden aber auch Denk- und Mahnmale genannt, die sich nicht an historischen Orten befinden und nur zum Teil institutionalisiert sind, also zumindest über eine Ausstellung und ein Minimum an Personal verfügen. Die emotionale Qualität des Gedenkstättenbesuches wird durchweg als höher eingeschätzt als der Wert der Wissenserweiterung. Gleichwohl spielt für viele auch der Zuwachs von Faktenwissen eine Rolle. Insbesondere dann, wenn die Gedenkstättenbesuche freiwillig stattfanden, wird außerdem eine höhere Motivation bestätigt, sich weitergehend mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Da die Teilnahme an Bildungsangeboten der Gedenkstätten von der Befragung nicht erfasst wurden, lässt sich nicht beantworten, ob und wie sich der Wissenserwerb bei unbegleiteten Besuchen (ggf. mit Audioguides), bei Führungen oder interaktiven und vertiefenden Formen der Beschäftigung mit der Geschichte des jeweiligen Orts unterscheidet. Offen bleibt auch, was eigentlich konkret die emotionale Berührung auslöst und was motivierend für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus/Holocaust ist.

### Brüche in der offiziellen Erinnerungskultur

Alles in allem verweisen die Studien auf eine

hohe Akzeptanz von Gedenkstätten in der Bevölkerung. Der Ausbau der Erinnerungsorte zu professionell geführten Einrichtungen, zu deren Aufgaben nicht nur aber ganz wesentlich die Aufklärung über den Nationalsozialismus und die NS-Verbrechen gehört, scheint insofern geglückt, als die Institutionen einen grundsätzlichen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Schulterklopfen ist allerdings nicht angesagt. Weder auf gesamtstaatlicher Ebene noch auf der Ebene der Gedenkstätten selbst. Die Wahlerfolge der AfD, die massiven antisemitischen und rassistischen Angriffe der letzten Jahre, der Zuspruch, den Verschwörungsideologien im Zuge der Corona-Pandemie erfahren, machen mehr als deutlich, dass Lücken klaffen zwischen historischem Wissen und Geschichtsbewusstsein, zwischen offizieller Erinnerungskultur und Relativierungsnarrativen.

Nach wie vor wird in deutschen Familien kaum über Täterschaft und Mitläufertum gesprochen, aber viel darüber, wer in der Familie Opfer oder Helfer\*in war. Auf die Frage: „wie hätte ich mich verhalten?“ wird auch weiterhin die naive Überzeugung formuliert, man wäre ganz sicher auf der Seite der Guten gewesen. Das zeigt, dass es bisher nur ansatzweise gelungen ist, die Soziologie des Nationalsozialismus verständlich zu machen und dass die Kontextgebundenheit des eigenen Handelns deutlich unterschätzt wird. Und auch die Tendenz der Entkonkretisierung im Willen, „aller Opfer“ gedenken zu wollen, verweist immer noch auf den frühen Gedenk(an)spruch der

Bundesrepublik: „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ – in dem dann Verfolgte mit Verfolgern, Beraubte mit Profiteuren, Ermordete mit Henkern im Tode vereint werden sollten und wurden. Die zivilgesellschaftliche Empörung über solcherlei unzulässige Vereinheitlichung im Gedenken scheint heute kaum noch vorhanden zu sein. Hinzu kommt, dass Juden\*Jüdinnen als Opfergruppe zwar von vielen, aber nicht von allen genannt werden und nur knapp die Hälfte Sinti\*zze und Rom\*nja nennt. Dass dies nicht mit dem formulierten Anspruch, „aller Opfer zu gedenken“, in Einklang gebracht werden kann, ist offensichtlich und unterstreicht die Annahme, dass „alle Opfer“ tatsächlich eine Chiffre für die Abwehr darstellt, sich auf ein differenziertes Gedenken einzulassen, das zwischen Täter\*innen und Opfern klar unterscheidet. Zwar bescheinigt der MEMO der deutschen Bevölkerung ein großes Interesse an der Geschichte, insbesondere des Nationalsozialismus. Es zeigen sich aber auch bleibende Lücken, deren Schließung offenbar von einem Selbstbild blockiert wird, das ambivalent hinsichtlich der eindeutigen Täterschaft Nazideutschlands ist. Auch wenn eindeutig geschichtsrevisionistischen Aussagen mehrheitlich nicht zugestimmt wird und im Gegenteil von einem Großteil der Befragten die Sorge geäußert wird, die Erinnerungskultur könne rechtspopulistisch vereinnahmt werden, zeigen die Autor\*innen der Studie auf, wie anschlussfähig bestimmte Erzählungen über die NS-Vergangenheit und die Wahrnehmung von aktuellen gesellschaftlichen

Fragen an extrem rechte und revisionistische Geschichtsnarrative sind.

### Zukunft der Erinnerung

Seit Jahren wird gefragt, wie die Zukunft der Erinnerung aussehen kann. Sie hat längst begonnen und ähnelt in Vielem dem Erinnern der Vergangenheit. Der einschneidende Unterschied ist für die Gegenwart und Zukunft weniger, dass kaum noch persönliche Begegnungen und sogenannte Zeitzeugengespräche stattfinden können als vielmehr, dass die politischen Stimmen der Überlebenden fehlen werden. Dass das Korrektiv zur deutschen Fantasie vom Schlussstrich und die Tendenzen der Beschwichtigung und Relativierung, das noch immer irrlichtert, aus der Gesellschaft „von innen“ aufrechterhalten werden muss.

Von den Gedenkstätten wird gern als „steinernen Zeugen“ gesprochen, und damit ist auch gemeint, dass sie das, was als kommunikatives Gedächtnis verschwindet, als kulturelles Gedächtnis bewahren sollen. Ihnen kommt deswegen nicht nur eine große Verantwortung zu, sondern ihnen werden auch viele Aufgaben wie das Bezeugen, das Dokumentieren, Archivieren und Vermitteln unter sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen auferlegt. Ob sie das leisten können, muss sich zeigen. Allerdings haben Gedenkstätten, das zeigen die MEMO-Befragungen, durch ihre breite Anerkennung in der Bevölkerung einen Autoritätsvorsprung und mit einem grundsätzlichen Vertrauensvorschuss gute Bedingungen, von ihren Besucher\*innen ernst genommen zu

# Lernen aus der Geschichte

[Zur Diskussion](#)

werden und nicht nur emotional-touristisch interessant zu sein. Sie haben das Potenzial, sich weiterzuentwickeln und das Gedenken an die Opfer auch in Zukunft wachzuhalten und die Geschichte der NS-Verbrechen in einen grundlegenden Zusammenhang mit der Gegenwart zu bringen. Sie sollten deswegen endlich personell und finanziell so ausgestattet werden wie staatliche Museen mit vergleichbarer Besucher\*innenzahl.

## Über die Autorin

Dr. Verena Haug ist Erziehungswissenschaftlerin und leitet seit August 2021 den Bereich Berliner Ausstellung im Anne Frank Zentrum.

### Welchen Stellenwert haben die „neuen Medien“ im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus?

Von Iris Groschek und Steffen Jost

Wie virtuell kann Gedenken sein, wie digital ist Erinnerung heute? Neben grundsätzlichen Fragen zur Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland fragte die MEMO-Studie IV (Multidimensionaler Erinnerungsmonitor) Menschen zwischen 16 und 87 Jahren auch, welche digitalen Formen der Erinnerung, des Gedenkens und der Information als passend erachtet und genutzt werden.

Konkret fragte die Studie, „wie gern“ die Befragten sich mit der „Geschichte des Nationalsozialismus“ über ausgewählte „neue Wege“ auseinandersetzen würden. In der Auswertung zeigt sich, dass 40,2% der Befragten sich „eher gerne“ oder „sehr gerne“ über ein Gespräch mit digitalen Zeitzeug\*innen mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen würden, und auch der Podcast oder die virtuelle Besichtigung einer Gedenkstätte wird von einem Viertel der Befragten als interessantes Angebot wahrgenommen.

Zugleich zeigt sich aber auch ein sehr hoher Anteil von Personen, die die genannten Zugänge „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ gern nutzen würden. Ein differenzierter Blick auf die Gruppe der Befragten fördert jedoch deutliche Unterschiede zu Tage. So sind diejenigen, die sich bereits in

der Vergangenheit intensiver über die bereits etablierten Wege mit dem Nationalsozialismus befasst haben – also über Bücher, Spielfilme oder den Besuch von Gedenkstätten – tendenziell offener für neue Zugänge. Es erstaunt zudem nicht, dass vor dem Hintergrund der Relevanz digitaler Medien vor allem in der Altersgruppe der jüngeren Befragten die Akzeptanz digitaler Angebote generell hoch ist. Vor diesem Hintergrund möchten wir die in der Studie angesprochenen Zugänge genauer betrachten. Wir formulieren Gedanken als auch noch offene Fragen zur Erreichbarkeit eines künftigen Publikums, die sich auch und vor allem für Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen ergeben.

### Digitale Formate im Aufwind

Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung digitaler Formate für alle Beteiligten klar zu Tage treten lassen und war (u.a. über verschiedene Förderprogramme) ein Katalysator, der die Entwicklung in diesem Feld massiv vorangetrieben hat. So haben Gedenkstätten, die an die Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus erinnern, Angebote zunehmend in den digitalen Raum verlegt. Sie begannen auf vielfältige Weise, eine digitale Begegnung mit den Orten zu entwickeln und anzubieten. Doch es sind nicht nur Gedenkstätten, die als Akteurinnen der Erinnerungskultur im Digitalen auftreten und damit den Diskurs prägen. So gestaltet beispielsweise die Weitergabe von Bildern und Geschichten durch Besucher\*innen in Sozialen Medien das öffentliche Bild der Gedenkstätten und

ihre Position im kollektiven Gedächtnis entscheidend mit. Neue Dimensionen des digitalen Erinnerens und Lernens werden gerade in den Social Media durch Interaktion ermöglicht. Gleichzeitig verschwimmen vermehrt die Grenzen zwischen an den Quellen orientierten historischen Darstellungen und fikionalisierten Formaten, was durch das Schüren von Authentizitätserwartungen seitens der Produzent\*innen oftmals noch verstärkt wird. Untersuchungen beispielsweise zur informational- oder digital literacy lassen allerdings vermuten, dass die Fähigkeiten zur Durchdringung von verflochtenen historischen Formaten bei vielen Nutzer\*innen nicht so ausgeprägt sind, wie es wünschenswert wäre.

Außerdem gibt es bei durch traditionelle Formen der Vermittlung geprägten Zielgruppen die Befürchtung, dass die Art der neuen Erzählungen im Digitalen zu immersiv sei. Hier sind die Gedenkstätten und andere erinnerungskulturelle Akteur\*innen als Vermittlungsinstanzen gefragt. Sie müssen in die digitale Community und die Zielgruppen hineinhorchen: Welche Erwartungshaltung gibt es für die Vermittlung im Digitalen – wo und wie möchte die Userin sich informieren, wo mitmachen, wo nur zuschauen? Wie sehr will sie ins Thema „eintauchen“? Welche Immersität gewünscht ist, beeinflusst auch die Wahl des Mediums – dessen Spannweite vom digitalen Zeitzeug\*innengepräch über den weiterhin recht linearen virtuellen Besuch des Ortes über 360° Aufnahmen bis hin zur Geschichtsvermittlung über Serious Games reicht. Welche Rolle spielen die

erzählende Person (Zeitzeugin, Influencerin) und das gewählte Format (digital aber auch analog) für die Deutung von Authentizität und Glaubwürdigkeit und für den Anstoß von eigenen Gedanken?

### Digitale Zeitzeug\*innen

Zeitzeug\*innen und das Mitteilen des persönlichen Erlebens spielen verstärkt seit den 1980er Jahren eine große Rolle in der öffentlichen und medialen Vermittlung des Nationalsozialismus. Seitdem wird parallel das Ende der Zeitzeugenschaft beschworen – und in Kürze werden tatsächlich nur noch digitale Formen eine Rolle spielen. Dabei können digitale Zeitzeug\*innen zum einen mit ihren Videozeugnissen präsentiert werden, wie es schon seit vielen Jahren in Gedenkstätten und Dokumentationsformaten im TV geschieht. Zum anderen produzieren verschiedene Einrichtungen 3D-Modelle (trotz unterschiedlicher technischer Herangehensweisen – umgangssprachlich oft als „Hologramme“ zusammengefasst) von Zeitzeug\*innen. Die Ergebnisse der Studie zeigen nun, dass die Möglichkeit eines „Gesprächs mit sogenannten digitalen Zeitzeug\*innen“ auf vergleichsweise großes Interesse stößt: 40,2 % der Befragten würden sich „eher gern“ oder „sehr gern“ sich auf diese Weise mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Wobei nicht klar ist, was die Befragten unter dem Begriff verstehen. Wird ein echtes Gespräch über eine Videoplattform oder das aufgezeichnete Videozeugnis erwartet? Oder eben doch das von den Macher\*innen der Studie

intendierte virtuelle Gespräch mit dem 3D-Modell, wie es die Projekte New Dimensions in Testimony und das Forever Project anbieten und welche den Rezipient\*innen über Spracherkennung den Eindruck vermitteln können, eine echte Unterhaltung zu führen.

In jedem Fall zeigt das Ergebnis der Umfrage, dass die Annäherung an den Nationalsozialismus über Zeitzeug\*innen auch im digitalen Raum eine starke Faszination ausübt. Bei den 16-30 Jährigen sind es sogar 57%, die ein solches Angebot gern nutzen möchten. Für zukünftige Angebote oder Ausstellungen ist also eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den technischen Möglichkeiten auf Basis der gesammelten Erfahrungen mit Zeitzeug\*innen geboten. Dabei können im Digitalen neue Dimensionen eingefügt werden. Insbesondere sollte dabei ein Fokus auf Projekte gelegt werden, die technische Möglichkeiten nutzen, um Lebensläufe und Erinnerungen auch zu hinterfragen und mit den Authentizitätserwartungen der Nutzer\*innen zu brechen. Gleichzeitig ermöglichen digitale Formate unter Rückgriff auf bestehende Interview-Archive auch eine Vielstimmigkeit, die bisher in der analogen Präsentation deutlich schwieriger umzusetzen ist. Nicht vergessen werden darf allerdings ein Punkt, der in der oft sehr kulturpessimistisch und uninformiert geführten Debatte noch zu wenig Beachtung findet, nämlich die Frage nach der technischen Expertise und ihren Fallstricken. Wenn menschliche Interaktion ersetzt wird durch Programmierparameter stellt sich die Frage, welche Macht

Softwareanwendungen, kommerzielle Anbieter oder Programmierer\*innen haben. Wer hat beispielsweise Einfluss auf die Algorithmen, die bestimmen, was als Antwort auf eine Frage aus dem Publikum ausgespielt wird? Es müssen sich deswegen Expert\*innen aus dem Bereich der Gedenkstätten noch viel bewusster in diese Themenfelder einarbeiten und einbringen.

### Virtuelle Besichtigung

Rund ein Viertel der Befragten äußerte Interesse, sich über die virtuelle Besichtigung einer KZ-Gedenkstätte (26,3 %) mit dem Nationalsozialismus zu befassen. Auch bei der virtuellen Besichtigung der Gedenkorte stellt sich die Frage, was mit einem solchen Format erreicht werden soll. Immerhin werden sie in der analogen Welt laut Umfragen wegen ihrer gefühlten Aura und der authentischen Ortserfahrung aufgesucht. Reicht ein Abbild des Ortes oder benötigt es mehr, zum Beispiel Hinweise auf Überformungen sowie ergänzendes Storytelling in Mixed-Reality-Formaten? Die Umfrage des Erinnerungsmonitors zeigt zudem, dass die digitale Besichtigung vergleichsweise weniger interessant ist für jüngere Interessent\*innen. Das zeigen auch die im letzten Jahr gesammelten Erfahrungen mit digitalen Live-Rundgängen (z.B. auf Facebook oder Instagram), wo sich kaum jugendliche Teilnehmer\*innen finden lassen. Zu klären wäre allerdings, ob es sich dabei nicht auch um eine Frage des Marketings oder der genutzten Plattformen handelt. In der Konsequenz muss auch hier stärker

als bisher erhoben werden, was insbesondere die digitalen Nicht-Besucher\*innen brauchen. Wie können beispielsweise auch im Digitalen verschiedene Sinne angesprochen werden? Die Chancen für innovatives Storytelling im Rahmen eines virtuellen Ortsbesuchs sind groß, da bewusst verschiedene Wege gewählt werden können, um Geschichte zu vermitteln. Als Beispiel sei das Projekt „Der Hoheneck Komplex“ des MDR genannt, in dem der digitale Ortsbesuch ergänzt wird durch Scrollytelling, Videos und einen durch animierte Zeichnungen und Aussagen verknüpften digitalen Rundgang – hier können die User\*innen selbst entscheiden, welche Form des Lernens für sie angemessen und fördernd ist, wie schnell sie sich bewegen, und wie viele Information sie aufnehmen möchten.

### Social Media & Influencer\*innen

Influencer\*innen, die auf Youtube, TikTok oder Instagram Content für eine große Anzahl von Follower\*innen anbieten, können natürlich auch zu historischen Themen das Wissen einer Generation prägen. Auch wenn das Ergebnis der Umfrage eher Skepsis widerspiegelt, zeigen aktuelle Beispiele wie „Ich bin Sophie Scholl“ auf Instagram oder die TikTok-Auftritte der Holocaustüberlebenden Lily Ebert das große Interesse an Geschichtsvermittlung auf diesen Kanälen. Gerade am Beispiel von Lily Ebert stellt sich die Frage, ob eigentlich jede\*r Influencer\*in werden kann. Wird Geschichtsvermittlung „echter“, wenn es nicht von Institutionen kommt? „I do not remember the sun

shining in Auschwitz, never“, spricht Lily Ebert in die Kamera auf dem Tiktok-Account ihres Urenkels und die Follower\*innen liken die Posts und connecten mit der Überlebenden im digitalen Raum. Dem Account, in dem Lily Ebert in kurzen Video-Sequenzen auf Fragen ihrer Follower\*innen antwortet, folgen bereits mehr als eine Million Menschen. Die unperfekte Ehrlichkeit dieses Accounts, das interaktive Format sowie das bereits angesprochene Interesse an Zeitzeug\*innen macht dessen Anziehungskraft aus.

Doch ist es möglich, als Institution Accounts aufzubauen, die eine ähnliche Wirkungskraft ausstrahlen – und ist dies überhaupt gewollt? Formen der Interaktion aber auch der Co-Creation können bei der Vermittlung im Digitalen aktuelle Themen aufgreifen und den Follower\*innen authentisch-interessante Inhalte in ihre Timeline spülen, als auch Meinungsbildung der Follower\*innen anregen.

### Digitale Spiele und Podcasts

Ein Podcast als ein eigenständiges, direktes Gesprächsformat eignet sich, um im Digitalen Themen ausführlicher zu diskutieren und 27,1% der Befragten antworteten in der Umfrage, ob sie entsprechende Podcasts nutzen würden, mit „sehr gern“ oder „gern“. Gerade in den letzten zwei Jahren sind zahlreiche neue Formate zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust erschienen. Die bisherigen Podcasts aus den einschlägigen Institutionen richten sich allerdings an eine eher informierte Zielgruppe und sind sehr konservativ, was die Produktion

### Zusammenfassung

angeht. In der Regel beleuchten Expert\*innen hier ein Forschungsgebiet in mehreren Facetten und bieten damit einen Gegenpol zum “snackable Content” in Sozialen Medien. Der Podcast zum 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess des Hessischen Landesarchiv beispielsweise ist eine sechsteilige Serie, die als Dokumentation angelegt ist. Die ersten Folgen im Podcast des Auschwitz-Museums bieten Informationen zu speziellen Themenbereichen wie “Medizin in Auschwitz” und dauern zwischen 30 und 50 Minuten. Hier könnte verstärkt die Kooperation mit etablierten Produzenten gewagt werden, um diese Themen für eine breitere Öffentlichkeit ansprechend aufzubereiten.

Einen Podcast zu abonnieren bedeutet, sich bewusst dafür zu entscheiden, lernen zu wollen. Wenn „Spielen“ das Gegenteil von „Lernen“ ist, ist ein bewusstes Lernen dagegen bei digitalen Spielen eher nicht erwünscht. Sind sich Spieler\*innen bewusst, dass aber auch sie etwas lernen beim History Gaming, selbst wenn es sich um keine explizit Serious Games handelt? Games sind vor allem eine transformative und immersive Erfahrung – sie können erzählend vermitteln. Dabei können, anders als bei digitalen Zeitzeug\*innen, im Spiel verschiedene Perspektiven oder Handlungsspielräume deutlich werden und auch auf diese Weise die Vielschichtigkeit von Perspektiven in der Deutung von Geschichte transportiert werden.

Was können nun gerade Gedenkstätten als zentrale Orte der Vermittlung von NS-Geschichte aus diesen Ansätzen lernen? Zum einen, dass es zwischen den abgefragten Formaten jetzt schon zahlreiche Überschneidungen gibt, wie das Beispiel der Zeitzeugin Lily Ebert als Geschichts-Influencerin auf TikTok zeigt. Diese Überschneidungen müssen in viel produktiverer Weise genutzt werden. Zum anderen gilt es, sich nicht von der Umfrage und der vielleicht auch aufgrund von Desinteresse oder Uninformiertheit herkommenden, ablehnenden Haltung gegenüber digitalen Formaten abschrecken zu lassen. Denn im Gegenteil kann genauso mitgenommen werden, dass das grundsätzliche Interesse an digitalen Formaten gegeben ist und hier – vielleicht noch mehr als beim analogen Besuch – Besucher\*innen zu einer interessierten und an die Gedenkstätte gebundenen Community zusammenwachsen können. Denn es besteht im digitalen Raum die Chance, stetig ins Gespräch zu kommen, interaktiv verschiedene Meinungen und Gedanken als Teil der Geschichtsvermittlung aufzunehmen und so eine Erinnerungskultur für alle zu gestalten. Dazu braucht es von Seiten der Gedenkstätten nicht nur eine wertschätzende Haltung für neue – oder anders zu erreichende – Zielgruppen und Aufgeschlossenheit für inspirierende Formate, sondern auch umfassende Digitalstrategien sowie digitale Departments, die abteilungsübergreifend Lösungen entwickeln. Es braucht dabei sowohl Communitymanager\*innen,

die die Sprache einzelner Gemeinschaften verstehen und communitygerecht kommunizieren, aber auch Mitarbeiter\*innen mit technischem Know-How und Leitungen mit echtem Innovationsinteresse. Künftig wird sich der Gegensatz zwischen digital und analog immer mehr aufheben und Gedenkstätten haben die große Chance, die digital Literacy in der Erinnerungskultur aktiv voranzutreiben.

### Zum Weiterlesen

Bunnenberg, Christian; Logge, Thorsten; Steffen, Nils: SocialMediaHistory. Geschichtemachen in Sozialen Medien. In: Historische Anthropologie Vol. 29, No. 2 (<https://www.vr-elibrary.de/doi/epdf/10.7788/hian.2021.29.2.267>).

Erinnern in und mit digitalen Medien. merz medien + erziehung, Zeitschrift für Medienpädagogik, November 2020.

Ebbrecht-Hartmann, Tobias: Die Erinnerung an den Holocaust in Zeiten von Covid-19. Eine Bestandsaufnahme. In: Zeitgeschichte online, September 2020 (<https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/die-erinnerung-den-holocaust-zeiten-von-covid-19>).

Groschek, Iris: #75befreiung. Digitales Gedenken 2020 (Teil 1) 29.7.2020 (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/14865>).

Groschek, Iris: #75befreiung Digitales Gedenken und Vermitteln 2020 (Teil 2) 23.9.2020 (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/14900>).

Groschek, Iris; Jost, Steffen: Tweetup und MemorialWalk. Social Media in der Vermittlung an den KZ-Gedenkstätten Neuenengamme und Dachau. In: Lernen aus der Geschichte, 22.6.2016 (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/13114>).

Groschek, Iris: KZ-Gedenkstätten und Social Media. In: Christian Holst (Hg.): Kultur in Interaktion. Co-Creation im Kultursektor, Wiesbaden 2020, S. 105-118.

Hauck, Katharina: Digitale Spiele und Erinnerungskultur – vielversprechende Synthese, in: LWL 26.5.2021 (<https://kultur-bewegt.lwl.org/de/digitale-spiele-und-erinnerungskultur-eine-fruchtbare-symbiose/>).

Historischer Ort und digitale Angebote. Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e. V. Mitteilungen, Heft 73, November 2020 (<https://dzok-ulm.de/wp-content/uploads/2021/02/Mitt73.pdf>).

Kansteiner, Wulf: Transnational Holocaust Memory, Digital Culture and the End of Reception Studies in: Törnquist-Plewa, Sindbaek-Andersen: The twentieth century in European Memory, 2017 ([https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/38130/9789004352353\\_webready\\_content\\_text.pdf?sequence=1#page=320](https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/38130/9789004352353_webready_content_text.pdf?sequence=1#page=320)).

Knoch, Habbo: Grenzen der Immersion. Die Erinnerung an den Holocaust und das Zeitalter der Digitalität, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 7 (2019).

Maier, Tanja: Visueller Aktivismus mit Instagram. Politische Kommunikation in sozialen Medien, Juni 2021 (<https://www.rosalux.de/publikation/id/44580/visueller-aktivismus-mit-instagram?cHash=872556ee5fb237809ba0b5d1f13ad980>).

Manca, Stefania: Use of Social Media by Holocaust Museums and Memorials. IHRA Project Report, 2021.

Meßmer, Anna-Katharina; Sänglerlaub, Alexander; Schulz, Leonie: „Quelle: Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test, 2021 ([https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie\\_quelleinternet.pdf](https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf)).

Nägel, Stegmaier: Lernen auf Entfernung: Digitale Angebote über Nationalsozialismus und Holocaust, in: Werkstatt bpb 12.5.2020 (<https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/309719/lernen-auf-entfernung-digitale-angebote-ueber-nationalsozialismus-und-holocaust>).

Plaga, Corinne: KZ-Selfies und #Auschwitz75: Wie sich die Erinnerungskultur in Zeiten von Social Media wandelt, in: Neue Zürcher Zeitung 25.1.2020 (<https://www.nzz.ch/international/2-weltkrieg-75-jahreskriegsende/wie-sich-die-erinnerungskultur-durch-social-media-gewandelt-hat-ld.1535666>).

Rehm, Manca: Three Institutions, three Platforms, One Goal: Social Media for Holocaust Remembrance. In Christos Karpasitis (Ed.), Proceedings of the 8th European Conference on Social Media – ECSM 2021,

Larnaca, Cyprus, 1-2 July 2021, pp. 195-204.

Stiftung Neue Verantwortung: Studie „Quelle: Internet“? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test, März 2021 ([https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie\\_quelleinternet.pdf](https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/studie_quelleinternet.pdf)).

Wagner, Jens-Christian: Simulierte Authentizität? Chancen und Risiken von augmented und virtual reality an Gedenkstätten, in: Gedenkstättenrundbrief 196 vom 30.12.2019, S. 3-9 ([https://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaettenrundbrief/rundbrief/news/simulierte\\_authentizitaet\\_chancen\\_und\\_risiken\\_von\\_augmented\\_und\\_virtual\\_reality\\_an\\_gedenkstaetten/](https://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaettenrundbrief/rundbrief/news/simulierte_authentizitaet_chancen_und_risiken_von_augmented_und_virtual_reality_an_gedenkstaetten/)).

#### Über die Autor\*innen

Dr. Iris Groschek arbeitet bei der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media.

Steffen Jost arbeitet als Programmdirektor bei der Alfred Landecker Foundation. Er entwickelt und verantwortet dort insbesondere Projekte, die sich mit der Erinnerung an den Holocaust und den Nationalsozialismus auseinandersetzen und digitale, innovative Formate aufweisen.

### MEMOrabilien für die historisch-politische Bildung

Von Jan Krebs

Die Ergebnisse der MEMO-Studien zeigen, dass die historisch-politische Bildung nach wie vor große Aufgaben vor sich hat. Zugleich weisen sie auf Grenzen bisheriger Bildungsmaßnahmen hin. Wenn das „Nie wieder!“ bedeutet, dass tatsächliche Diskriminierungen und antisemitische Einstellungen nennenswert zurückgehen sollen, brauchen wir vielleicht weitere, neue Formate einer grundrechtsklaren, an den Menschenrechten orientierten Bildung.

Eine wesentliche Grundannahme geschichtsbezogener politischer Bildung ist, dass durch das Lernen über und an historischen Zusammenhängen auch gesellschaftlich und politisch relevante Handlungsorientierung für Gegenwart und Zukunft entsteht. Die MEMO-Studien haben zahlreiche Gedanken- und Einstellungsmuster zusammengetragen, die wir unter diesem Blickwinkel näher betrachten wollen.

Die in jährlichem Abstand durchgeführten Studien werden im Folgenden kurz mit I bis IV bezeichnet, beginnend mit I im Jahr 2018. In den einzelnen Studien sind unterschiedliche Personen befragt worden. Da jedoch alle Studien repräsentativ angelegt sind, werden ihre Ergebnisse in diese Überlegungen gleichberechtigt einbezogen. Identische oder ähnliche Fragestellungen in mehreren MEMO-„Jahrgängen“ betrachten wir nach Möglichkeit überjährig.

Schauen wir zunächst, wie die Studienteilnehmer\*innen die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland einschätzen.

### Diskriminierung und Ausgrenzung heute

Mehr als die Hälfte der Befragten finden „das Ausmaß der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen oder Menschengruppen in Deutschland besorgniserregend“. Das ist in mehreren Jahren relativ einheitlich so. Zweimal fragt MEMO außerdem, ob es eine Zunahme von Diskriminierung und Ausgrenzung gegeben habe. Dies bejahen sogar noch mehr Personen, nämlich knapp zwei Drittel der Befragten. Das sind deutliche Voten, die eine Gesamtsituation in Deutschland klar kritisch reflektieren.

Auch wenn die allermeisten Bildungsformate Gruppen von Menschen adressieren – seien es zum Beispiel Schulklassen, Berufsgruppen oder temporäre Gruppen der Erwachsenenbildung –, so zielt die (historisch ) politische Bildung letztlich primär auf die einzelne Person. Wenn in MEMO nun also breite Bevölkerungskreise zustimmen, dass wir als Gesellschaft in Deutschland ein massives Problem mit Ausgrenzung und Diskriminierung haben – welche Perspektiven haben die Befragten dann auf sich selbst als gesellschaftliche\*n Akteur\*in?

### Überzeugende persönliche Verantwortung

Tatsächlich „fühlt“ sich weit über die Hälfte der Befragten „mitverantwortlich dafür,

zu verhindern, dass Menschen oder Menschengruppen in Deutschland diskriminiert oder ausgegrenzt werden“. Nur ein knappes Viertel lehnt eine solche Mitverantwortung ab. Außerdem ist die Zahl der Unentschlossenen, die mit „teils/teils“ antworten, bei dieser Frage deutlich geringer als bei anderen Fragen im Themenbereich. Insgesamt spricht aus diesen Antworten also das klare Bekenntnis einer deutlichen Mehrheit: Ja, ich bin mitverantwortlich dafür, Diskriminierung und Ausgrenzung zu verhindern. Die Zahlen sind sehr ähnlich zu denen derjenigen, die das Ausmaß von Diskriminierung und Ausgrenzung besorgniserregend finden. Wir dürfen wohl vermuten, dass viele der Studienteilnehmer\*innen beiden Aussagen zustimmen.

Aus der Sicht des Autors, der diese überwiegende Einschätzung teilt – ja, wir haben ein echtes Problem mit Diskriminierung und Ausgrenzung! – lässt sich das zunächst als positives Bild lesen: Eine absolute Mehrheit im Land anerkennt nicht nur die Problemlage unter diskriminierungskritischen Aspekten, sondern sieht sich auch persönlich mit in der Verantwortung. Welche Konsequenzen ergeben sich jedoch aus dieser persönlichen Verantwortung?

### Praxislücke eigenes Engagement

Für diesen „Realitäts-Check“ enthalten die MEMO-Studien die Bitte, sich zu einigen Aussagen zu positionieren. „Ich weiß, was ich selbst dazu beitragen kann, die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen oder Menschengruppen in Deutschland zu

verhindern“, und „ich bin bereit, mich aktiv gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen oder Menschengruppen in Deutschland einzusetzen.“ 2019 und 2020 haben jeweils knapp zwei Drittel aller Befragten diese beiden Statements für sich bejaht. 2020 sind zwei Drittel der Befragten „bereit“, sich „aktiv gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen oder Menschengruppen in Deutschland zu einzusetzen.“ Das sind hohe Zustimmungswerte, die wir zunächst positiv lesen können.

2021 macht die Fragestellung der Studie allerdings den Schritt von der Bereitschaft zum tatsächlichen eigenen Tun: „Ich engagiere mich aktiv gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen oder Menschengruppen in Deutschland.“ Bei dieser Praxisfrage liegt die Zustimmung signifikant niedriger als zuvor, als „nur“ Theorie und Bereitschaft zur Debatte standen. 38,8% der Befragten geben an, dass sie sich engagieren.

Wenn wir zur Vereinfachung unterstellen, dass es sich um die gleichen antwortenden Personen handeln würde – dann hätten nur gut die Hälfte derjenigen, die sich für „bereit“ erklärt hatten, sich auch tatsächlich engagiert. In diesem Abstand zwischen einer mitverantwortlich-kompetenten Selbsteinschätzung und einem tatsächlichen Engagement zeigt sich sehr viel „Luft nach oben“, die wir hier als „Praxislücke“ kennzeichnen. Denn wenn wir davon ausgehen, dass ein Engagement vieler Menschen an den unterschiedlichsten Stellen und in verschiedenen Funktionen in unserer Gesellschaft für

ein Zusammenleben in gleichberechtigter Teilhabe und möglichst ohne Diskriminierungen elementar ist – dann ist eine starke Zivilgesellschaft von großer Bedeutung. Und die lebt ja gerade vom Engagement der Vielen.

### Selbstverortung im NS-Kontext

Im Blick auf die geschichtsbezogenen Aspekte von politischer Bildungsarbeit sind in diesem Zusammenhang die Antworten auf einen weiteren Fragenkomplex interessant. Hier bittet MEMO die Befragten, sich vorzustellen, sie hätten selbst in der NS-Zeit gelebt. In dieser Vorstellung sollen sie differenziert einschätzen, ob sie wohl Täter\*in, Opfer, Helfer\*in oder Widerständler\*in gewesen wären. Im Ergebnis sehen sich um die 10% als Täter\*in, etwa 40% als Opfer, etwa 65% meinen, dass sie potenziellen Opfern geholfen hätten, und gut 30% haben das Selbstbild, dass sie aktiv Widerstand geleistet hätten.

Es bedarf kaum der ausdrücklichen Erwähnung, dass diese Zahlen einer heutigen retrospektiven Selbsteinschätzung weit abweichen von allem, was die Forschung in Bezug auf die historische NS-Gesellschaft ermittelt hat. Selbst wenn man zahlreiche relevante Überlegungen außer Acht lässt: Die Zahl derjenigen, die historisch tatsächlich Verfolgten geholfen oder aktiv Widerstand geleistet haben, liegt um Größenordnungen unter diesem heutigen Selbstbild.

Vielleicht spiegelt sich hierin die breite Erkenntnis einer Mitverantwortung für Ausgrenzungen und Diskriminierungen in

unserer heutigen Gesellschaft, die wir oben bereits festgestellt haben. Und wenn wir eben schon für die Gegenwart eine erhebliche Diskrepanz zwischen theoretischem Selbstbild und tatsächlich bekanntem Engagement feststellen mussten, so gilt das für diese Projektionen des eigenen Selbstbilds in die NS-Zeit sicher in mindestens ähnlichem Maße. Insofern sind Zweifel angebracht, wie viel Hilfe, wie viel Widerstand tatsächlich von uns zu erwarten wäre – auch wenn wir Heutigen in den 1930er/40er Jahren gelebt hätten.

### Wirksamkeit historisch-politischer Bildung

Was bietet denn nun wirklich Schutz vor einer Wiederholung von so etwas wie dem Nationalsozialismus? MEMO IV fragt nach: „Was würden Sie sagen, wie sehr schützen die folgenden Aspekte uns als Gesellschaft davor, dass sich etwas wie der Nationalsozialismus in Deutschland heute wiederholen kann?“ Die Umfrage macht fünf recht verschiedene Antwort-Angebote: demokratische Institutionen, eine gesellschaftliche Sensibilität für Diskriminierungen, die europäische Gemeinschaft, die Auseinandersetzung mit dem NS, oder die gute wirtschaftliche Lage.

Fast die Hälfte der Befragten spricht „unsere[n] demokratische[n] Institutionen“ die höchste Schutzfunktion zu – in genau dieser Abstraktheit, ohne dass die Frage oder die Antwort irgendwie konkreter würden. Nur ein gutes Drittel der Teilnehmenden verlässt sich dagegen auf die Schutzwirkung

„unsere[r] bisherige[n] Auseinandersetzung mit der NS-Zeit“, das ist die niedrigste Zustimmungsrates bei den fünf Antworten. Selbst „unsere gute wirtschaftliche Lage“ wird von etwas mehr Personen als wichtige Garantin unserer Demokratie eingeschätzt.

Wenn wir „unsere bisherige Auseinandersetzung mit der NS-Zeit“ hier als Chiffre für historisch-politische Bildung mit NS-Bezug lesen, können wir etwas zugespitzt sagen: Ein Drittel der Befragten lehnt einen Zusammenhang zwischen historisch-politischer Bildung und einem effektiven „Nie wieder!“ ab, ein weiteres Drittel ist sich unsicher und – nur! – ein Drittel der Befragten hält historisch-politische Bildung für ein gutes Mittel zur Demokratiestärkung. Das ist ein auffallend ziemlich niedriger Wert, wenn wir ihn mit jenen zwei Dritteln der Befragten vergleichen, die unserer Gesellschaft echte Probleme in puncto Ausgrenzung und Diskriminierung attestieren.

MEMO IV bittet auch zu beurteilen, wie sehr die „eigene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bisher“ zu wichtigen Aspekten der eigenen Persönlichkeitsentwicklung beigetragen hat. Hier sind es wieder knapp zwei Drittel, die einen klaren Zusammenhang sowohl damit sehen, sich der „eigenen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst geworden“ als auch „sensibler für Diskriminierung und Ausgrenzung geworden“ zu sein. Auch hier dürfen wir vermuten, dass viele Personen mit „ja“ antworten, die ihre eigene gesellschaftliche Mitverantwortung ebenfalls bejahen. Für die Entwicklung einer eigenen, persönlichen Haltung schätzen

also sehr viele Menschen historisch-politische Bildung als wichtig ein. Inwieweit hier eher organisierte Bildungsformate eine Rolle spielen – also vom Schulunterricht über Gedenkstättenfahrten, Besuche an Gedenk- und Lernorten bis zu Aktivitäten von Bildungsstätten und so weiter – oder inwieweit hier eher eine individuelle Auseinandersetzung eine Rolle spielt, wäre eine nähere Untersuchung wert, für die MEMO IV weitere Fragen und Antworten liefert.

### Große Aufgabe Antisemitismus

Zumindest am Rande müssen wir darauf hinweisen: MEMO bestätigt erneut, wie viele antisemitische Einstellungen es bei uns gibt. Die Zustimmungswerte reichen von einigen Prozent bei einem plakativ antisemitischen Statement bis hin zu sehr deutlich zweistelligen Zahlen. Insbesondere die Zustimmung zu Kernelementen von Verschwörungserzählungen ist erschreckend. Die Behauptung: „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ wurde 2019 von 43,3% (!) und auch 2021 noch von 29,2% der Befragten geteilt. Dass „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten ... nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ wären, unterstützten 2019 34,5% der Teilnehmenden und auch 2021 waren noch 22,2% dieser Meinung.

Ohne hier in Details gehen zu können, stellen wir lediglich fest: Die Werte sind sehr hoch. Und es ist offensichtlich, dass hier große Aufgaben für die Bildungsarbeit liegen.

### Die Praxislücke bleibt

Insgesamt zeigen die Umfragen also Ergebnisse, die widersprüchlich scheinen. Einerseits teilen etwa zwei Drittel der Studienteilnehmer\*innen die Einschätzung, dass Diskriminierungen und Ausgrenzungen aktuelle und akute Problemlagen sind. Ähnlich viele attestieren dem Kerninhalt historisch-politischer Bildung mit NS-Bezug einen wichtigen und prägenden Einfluss auf die eigene persönliche Entwicklung, die eigene Sensibilität für Diskriminierungen. Dass so viele Menschen – repräsentativ ausgewählt nach Bundesländern, Geschlecht, Altersstruktur und „Migrationshintergrund“ – diese Einschätzung teilen, ist bemerkenswert. Andererseits sind die Zustimmungswerte erheblich niedriger, wenn es um tatsächliches eigenes Engagement für eine diverse Gesellschaft geht oder wenn – in aller Allgemeinheit – die Frage ist, ob uns die historisch-kritische Auseinandersetzung davor schützen kann, dass sich „so etwas wie der Nationalsozialismus“ wiederholt.

Es bleibt also die oben benannte Praxislücke. Daraus ergibt sich die Frage: Was können wir ändern, damit politische Bildung noch größere Beiträge leistet (oder: dass die Menschen selbst mehr von diesen Beiträgen überzeugt sind), dass sich noch mehr Personen für eine Gesellschaft einsetzen, in der zum einen die Menschenrechte immer realer und zum anderen Ausgrenzung, Diskriminierungen und die vielen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immer weniger werden. Und das so schnell wie möglich.

Vielleicht geht es hier auch um eine Frage, die wir bei *Gesicht Zeigen!* im Rahmen unseres Spiels *Wie wollen wir leben?* immer wieder diskutieren: „Glaubst du, dass du ein wichtiges Mitglied der Gesellschaft bist?“ Oft hören wir zunächst ein „Nein“ als Antwort oder nur ein stark eingeschränktes „Ja“. Umso mehr sollten wir wohl fortfahren, neue Ideen und Formate für eine menschenrechtsklare politische Bildung zu entwickeln, die in Menschen die Überzeugung bestärkt: Ja, du bist wichtig und dein Beitrag zählt. Und Verschwörungen hast du nicht nötig.

#### Über den Autor

Jan Krebs ist Historiker und leitet die Bildungsarbeit sowie den Lernort 7xjung von *Gesicht Zeigen!* Für ein weltoffenes Deutschland e.V. in Berlin.

Kontakt: [www.gesichtzeigen.de](http://www.gesichtzeigen.de) / [www.7xjung.de](http://www.7xjung.de) / [krebs@gesichtzeigen.de](mailto:krebs@gesichtzeigen.de)

### Das Bewusstsein für die Kontinuitäten nationalsozialistischen Gedankenguts

Von Michael Papendick und Maren Scholz

„Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“ lautete der Name einer Sonderausstellung, die das *NS-Dokumentationszentrum München* in den Jahren 2017 und 2018 zeigte. In der Ausstellung und den begleitenden Publikationen (vgl. Nerdinger, 2017) wurden Beispiele und Indikatoren rechtsextremen Denkens und Handelns in Deutschland aufgezeigt und diskutiert. Dabei behandelte die Ausstellung chronologisch nicht allein das Auftreten von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus über 1945 hinaus, sondern auch staatliche, institutionelle und zivilgesellschaftliche Reaktionen auf diese demokratie- und menschenfeindlichen Phänomene. Die aufgezeigte Chronik endet im Jahr 2017 mit einem Foto aus einem Prozess am Oberlandesgericht in Dresden, bei dem Mitglieder der rechtsextremen *Gruppe Freiheit* unter anderem wegen ihrer Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung angeklagt und letztlich verurteilt wurden. Dieses Foto stellt das vorläufige Ende einer langen und nur auszugsweisen Liste von Beispielen rechtsextremer Kontinuität dar. Welche Bilder kommen uns in den Sinn, wenn wir die Chronik der Ausstellung über 2017 hinaus weiterdenken? An welche Ereignisse und Vorfälle denken wir, die wir mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und der

Ideologie des Nationalsozialismus in Verbindung bringen?

Grundsätzlich ist die Frage einer historischen Kontinuität der NS-Zeit komplex und sie kann, ebenso wie der gesellschaftspolitische Umgang, auf verschiedenen Ebenen analysiert werden. Betrachtet man die Einstellungsebene, so lassen sich beispielhaft die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Studien heranziehen. Diese untersuchen seit geraumer Zeit individuelle und gesellschaftliche Einstellungsmuster, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Ideologie des Nationalsozialismus stehen. Trotz Schwankungen in den Ausprägungen unterstreichen Untersuchungen wie die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Zick / Küpper, 2021) und die Leipziger Autoritarismus-Studien (vgl. Decker / Brähler, 2020) die Existenz von rechtsextremen und gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Dabei zeigen sich neben geschlossen rechtsextremen Weltbildern auch breiter geteilte Einstellungsmuster, die anschlussfähig sind an rechte und neurechte Ideologien. Dazu zählt etwa der Glaube an Verschwörungserzählungen oder chauvinistische und autoritäre Denkweisen. Betrachtet man die Frage von historischer Kontinuität auf der Verhaltensebene, also in Form konkreter rechtsextremer und menschenfeindlicher Vorfälle, so lassen sich vielfältige Beispiele anführen. In besonders prägnanter Weise scheint dabei die Geschichte des rechtsextremen Terrors nationalsozialistische Kontinuitäten in Deutschland zu verdeutlichen.

Als Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit kommen etwa die rassistisch motivierte Mordserie der Terrorgruppe des sogenannten *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU), die Anschläge in Halle und Hanau oder der Mord an Walter Lübcke in den Sinn. Die vom Bundesinnenministerium (2021) veröffentlichten Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität verdeutlichen aktuell nicht nur eine allgemeine Zunahme politisch motivierter Straftaten, sondern dabei insbesondere auch eine Zunahme von Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die Schätzungen der Anzahl von Opfern rechtsextremer Gewalt in Deutschland fallen dabei in verschiedenen Dokumentationen noch höher aus, etwa in der von der Amadeu Antonio Stiftung geführten Liste der Todesopfer rechter Gewalt.

Sowohl in Bezug auf Einstellungen als auch in Bezug auf rechtsextremen Terror und rechtsextrem motivierte Gewalt gilt, dass eine systematische Dokumentation erst seit wenigen Jahrzehnten stattfindet. Hohe Dunkelziffern sind insbesondere für die Zeit von 1945 bis in die 1990er-Jahre anzunehmen. Eine konsequente gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Kontinuitäten in Deutschland fand im Zuge von individueller und gesellschaftlicher Leugnung oder Verdrängung, einer inkonsequenten Entnazifizierung und unzureichender Aufarbeitung nach 1945 über viele Jahrzehnte nicht statt. Und auch in der Gegenwart lassen sich weitere Beispiele für Kontinuitäten von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

in der deutschen Gesellschaft aufzeigen. Dazu können die Erfolge politisch rechter Parteien gezählt werden, das Fortbestehen rechter, neurechter und völkischer Gruppierungen, wiederholte rechtsextreme Vorfälle in staatlichen Institutionen oder antisemitische und geschichtsrevisionsistische Äußerungen im Kontext der Corona-Pandemie. Die Auflistung ist selbstverständlich unvollständig und die möglichen und notwendigen Perspektiven auf die Frage historischer Kontinuitäten gehen über die dargestellten Einstellungs- und Verhaltensebenen weit hinaus. Tiefergehende soziologische und geschichtswissenschaftliche Analysen müssen auch die überdauernden gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen einbeziehen, die diesen Einstellungs- und Verhaltensmustern zugrunde liegen, um einer Betrachtung als „Einzelfälle“ vorzubeugen.

In welchem Zusammenhang steht das Beschriebene nun mit den MEMO-Studien und der empirischen Erforschung der deutschen Erinnerungskultur? Mindestens implizit geht die Erinnerung an und Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus auch mit Fragen eines Geschichtsbewusstseins, der Idee eines historischen Lernens und einer möglichen Sensibilisierung für Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einher. In der vierten MEMO-Studie berichtet deutlich mehr als die Hälfte der Befragten, dass sie sich durch die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ihrer eigenen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst geworden und für die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in unserer

Gesellschaft sensibilisiert worden sind. Ein möglicher Indikator für Lerneffekte wie diese wäre ein erhöhtes Bewusstsein für rechts-extremes und nationalsozialistisches Denken und Handeln und für das Fortbestehen dieser Phänomene über die Zeit von 1933 bis 1945 hinaus.

Der komplexen Frage, inwiefern die deutsche Gesellschaft sich historischer Kontinuitäten bewusst ist, können die MEMO-Studien sich selbstverständlich nur annähern. Die Studienergebnisse erlauben keine grundlegenden Aussagen darüber, wie es um das Geschichtsbewusstsein in Deutschland steht, doch sie vermitteln einen ersten Eindruck. In MEMO IV wurden die Teilnehmer\*innen gebeten, ein Ereignis oder einen Vorfall in der deutschen Geschichte nach 1945 zu benennen, das/der aus ihrer Sicht in einem deutlichen Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands steht (siehe Abbildung nächste Seite). Das auffälligste Ergebnis scheint, dass fast die Hälfte der Befragten keine Antwort auf diese Frage gab (46,1 %). Bei genauerer Betrachtung der Daten zeigen sich dabei systematische Unterschiede: Diejenigen Befragten, die kein Ereignis benennen konnten, haben sich unter anderem weniger intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandergesetzt und sie vertreten seltener zivilcouragierte und häufiger fremdenfeindliche Ansichten. Die Ergebnisse legen also rein deskriptiv einen Zusammenhang zwischen einem Bewusstsein für Ereignisse mit Bezug zur NS-Zeit und aktuellen gesellschaftspolitischen Einstellungen nahe.

Erwähnenswert scheint auch, dass die Befragten, die konkrete Ereignisse mit NS-Bezug benannt haben, sich am häufigsten auf Ereignisse bezogen, die nach 1990 stattgefunden haben (73,8 %), während deutlich seltener Ereignisse benannt wurden, die zeitlich zwischen 1945 und 1990 zu verorten sind (26,2 %). Diese Ergebnisse dürfen nicht überinterpretiert werden. Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Vielzahl prägnanter Beispiele für Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit nach 1945 lässt sich jedoch die Frage aufwerfen, inwiefern unsere Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus bisher tatsächlich in einer erhöhten gesellschaftlichen Sensibilität oder einem Lernen aus der Geschichte resultiert.

Diskussionen um die Notwendigkeit einer intensiveren gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und ihrer Kontinuitäten sind nicht neu und sie beziehen sich nicht allein auf die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch auf die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte. Ein Mangel scheint in beiden Fällen weder an potenziellen Bezugspunkten noch an ausgewiesener fachlicher Expertise zu bestehen, sondern vielmehr an einer konsequenten Aufarbeitung und einer Förderung von Bildungsangeboten, die die Bezugspunkte aufgreifen und Reflexionen fördern.

Im April 2021 tagte eine hochkarätig besetzte Gruppe von Expert\*innen der Geschichtsdidaktik und der historisch-politischen Bildung auf Einladung des *Arbeitsbereichs der*

Würden Sie sagen, dass es Ereignisse oder Vorfälle in der jüngeren deutschen Geschichte, also seit 1945, gab oder gibt, die in einem direkten Zusammenhang mit der NS-Geschichte stehen? Können Sie mir ein konkretes Ereignis nennen, das aus Ihrer Sicht besonders deutlich im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands steht?

Kategorie	Prozentzahl der Nennung
Weiß nicht/keine Angabe	46,1 %
Angriffe und Anschläge	24,1 %
· spezifisch rechtsextrem	· 20,0 %
· nicht eindeutig spezifiziert	· 4,1 %
Gesellschaftspolitisch rechte Entwicklungen und Ereignisse	9,7 %
Gesellschaftspolitische Entwicklungen und Ereignisse im Allgemeinen	5,0 %
Ereignisse aus dem Kontext des Gedenkens an die NS-Zeit	4,6 %
Ereignisse aus dem Kontext der Aufarbeitung der NS-Zeit	4,2 %
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	1,6 %

*Didaktik der Geschichte der FU Berlin* und der *Berliner Landeszentrale für politische Bildung* („Geschichte gegen Rechts – Gefahrenfelder und Handlungsräume“). Schlussfolgerungen waren dabei unter anderem, dass junge Menschen für die Auseinandersetzung mit Geschichte mit der notwendigen Kompetenz ausgestattet werden müssen, sich zu fragen, in welchem Zusammenhang Vergangenheit und Gegenwart stehen und was sie persönlich aus der Geschichte lernen und ableiten können. Auch dürfe der Geschichtsunterricht in Deutschland nicht mit dem Jahr 1945 enden, sondern müsse Themen wie die Verdrängung des Nationalsozialismus in der Nachkriegsgesellschaft, den rechtsextremen Terror in der Bundesrepublik und das Fortbestehen von Menschenfeindlichkeit bis in die Gegenwart thematisieren. Eine konsequente Umsetzung dieser wichtigen Vorhaben in der Praxis der

schulischen und politischen Bildung stellt selbstverständlich eine große Herausforderung dar und muss aktiv gefördert werden. Sollte dies gelingen, mag zukünftig nicht zuletzt das Ergebnis empirischer Untersuchungen wie der MEMO-Studien weniger ernüchternd ausfallen, wenn es um Fragen des Bewusstseins für historische Kontinuitäten in der deutschen Gesellschaft geht.

### Literatur

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Verfassungsschutzbericht 2020, online: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/2021/verfassungsschutzbericht-2020.html>.

Oliver Decker / Elmar Brähler (Hg.) (2020): *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*.

Winfried Nerdinger (2017): Nie wieder. Schon wieder. Immer noch – Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945. Katalog zur Ausstellung.

Andreas Zick / Beate Küpper (Hg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21.

#### Über die Autor\*innen

Michael Papendick ist Psychologe (M. Sc.) und Psychologischer Psychotherapeut. Er koordiniert die MEMO-Studien am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld und forscht seit 2018 zu Erinnerungskultur, kollektiver Erinnerung und Geschichtsrevisionismus, seit 2020 auch im Kontext des vom BMBF geförderten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Maren Scholz studiert Soziologie im Bachelor an der Universität Bielefeld. Seit 2020 arbeitet sie als studentische Hilfskraft im MEMO-Projekt des IKG.

### Im langen Schatten der Entnazifizierung. Familiäre Erinnerungen an Helfer, Opfer und Täter

Von Hanne Leßau

Befragt man Deutsche nach ihren familiären Erinnerungen an die NS-Zeit, stellt sich ein Befund immer wieder ein: Sie überschätzen die Hilfsbereitschaft und den Widerstandsg Geist ihrer Vorfahren und unterschlagen deren Mitwirkung an der nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Verbrechenpolitik stark. In der dritten MEMO-Studie aus dem Jahr 2020 (MEMO 2020) etwa gaben jeweils rund ein Drittel der Befragten an, dass eigene Angehörige zu den „Opfern“ des Nationalsozialismus gehört (35,8%) oder potenziellen NS-Opfern geholfen hätten (32,2%). „Täter“ machten in der eigenen Verwandtschaft hingegen weniger als ein Viertel (23,2%) der Befragten aus. Ältere Umfragen zeigen Ähnliches, was bereits seit Jahren Zweifel am Erfolg der deutschen Erinnerungskultur nährt (etwa Salzborn 2020).

Die inzwischen fast sprichwörtliche Formulierung für diesen Befund warf vor zwei Jahrzehnten eine Gruppe von Sozialpsycholog\*innen auf, als sie anhand von Mehrgenerationengesprächen der Tradierung von Erinnerungen im Familiengedächtnis nachgingen (Welzer u.a. 2002). Die Thesen ihrer Studie „Opa war kein Nazi“ prägen die Diskussion bis heute und führen die Unterschlagung von Täterschaft vor allem auf ein gegenwärtiges Bedürfnis zurück:

Die nachfolgenden Generationen möchten ihre Verwandten in Distanz zum Nationalsozialismus sehen, und dies umso stärker, so Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall, je besser die Nachkommen über die Verbrechen des Nationalsozialismus informiert seien. „Gerade das Wissen, dass der Nationalsozialismus ein verbrecherisches System war, das Millionen von Opfer gefordert hat, ruft in den Nachfolgenerationen das Bedürfnis hervor, eine Vergangenheit zu konstruieren, in der ihre eigenen Verwandten in Rollen auftreten, die mit den Verbrechen nichts zu tun haben“ (ebd.: 207). Mit dieser Einschätzung verbindet sich eine eher pessimistische Sicht auf die Möglichkeiten kritisch-historischer Aufarbeitung, die notwendigerweise an die Grenzen der emotionalen Bedürfnisse familiärer Bindungen stoßen müsse.

### Entnazifizierung und biografisches Erinnern

Diese These besitzt zweifellos ihre Plausibilität, lässt aber eine entscheidende Frage offen: Woher stammen die Geschichten, die im Familiengedächtnis von Generation zu Generation weitergegeben werden? Begeht man sich auf die Suche, landet man an einem eher überraschenden Ort: der Entnazifizierung. Dies erstaunt, gilt die administrative Überprüfung der Deutschen auf ihre NS-Vergangenheit in den ersten Nachkriegsjahren doch heute gemeinhin als ein gescheitertes Projekt, in dem Lug und Trug, taktisches Lavieren und die Suche nach Schlupflöchern vorgeherrscht hätten. Doch dieses Negativbild der Entnazifizierung

erzählt mehr über die Rolle, die der Personalüberprüfung bis heute als Gegenbild zum Konzept einer kritischen Erinnerung zukommt, als über die Entnazifizierung selbst. Diese war in den 1940er Jahren gerade dadurch gekennzeichnet, dass hier nicht einfach die so schnell zur Vergangenheit gewordene NS-Diktatur im Allgemeinen verhandelt wurde, sondern die individuelle Rolle von Einzelnen. So viele Deutsche wie in keinem anderen Zusammenhang sahen sich in der Entnazifizierung mit Fragen nach ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus konfrontiert. Und diese Fragen erforderten nicht allgemeine Äußerungen, sondern Auskünfte und Erklärungen zum eigenen Fall. Dies machte die Entnazifizierung in der frühen Nachkriegszeit zum wichtigsten Ort, an dem individuelle NS-Vergangenheiten befragt, erklärt, verhandelt und bewertet wurden.

In der durchaus aufwendigen Vorbereitung der Prüfverfahren und in der Interaktion mit den Entnazifizierungsstellen schufen die zu Überprüfenden Deutungen ihrer eigenen NS-Vergangenheit, die die eigene Rolle im Nationalsozialismus erklären und damit mögliche Sanktionen verhindern sollten. Diese „Entnazifizierungsgeschichten“, wie ich diese Erzählungen nenne, die ich in einer ausführlichen Studie untersucht habe (Leßau 2020), waren jedoch mehr als strategisch entworfene Rechtfertigungen. In ihnen drückt sich auch die biografische Sicht der Betroffenen auf das eigene Leben aus, was sich etwa daran zeigt, dass die gegenüber den Entnazifizierungsinstanzen

vorgebrachten Deutungen auch im Privaten und nach Abschluss der Entnazifizierung über Jahrzehnte weitererzählt wurden. In vielen Fällen wurden die Entnazifizierungsgeschichten dabei zum elementaren Bestandteil biografischer Erinnerungen, wie sich etwa mit dem Vergleich zwischen Entnazifizierungsunterlagen und Autobiografien zeigen lässt (Leßau 2020: 437-473).

### Der Holocaust als blinder Fleck privater Erinnerungen

Auch der Gruppe um Harald Welzer war aufgefallen, dass die an der Jahrtausendwende beobachteten Familienerinnerungen auf „verblüffende Weise“ Berichten aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt entsprachen (Welzer u.a. 2002: 206), ohne dass sie diesem Zusammenhang genauer nachgingen. Sich der Entnazifizierung als noch immer prägendem Moment der familiären Erinnerungen an den Nationalsozialismus bewusst zu werden, bietet Chancen, die Umfrageergebnisse und die damit zusammenhängenden „Erinnerungslücken“ besser zu verstehen. Denn das mangelnde Bewusstsein für die Mittäterschaft eigener Vorfahren ist, wie Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall ganz richtig betonten, Ausdruck einer grundsätzlichen Perspektive, in der „die Vernichtung der europäischen Juden nur als beiläufig thematisiertes Nebenereignis vorkommt“. Einen „systematischen Platz im deutschen Familiengedächtnis“ besitze der Holocaust nicht (ebd.: 210). Stattdessen liefen dessen Erinnerungen darauf hinaus, „Deutsche“ und „Nazis“ als „zwei völlig

verschiedene Personengruppen“ zu kennzeichnen: bei Erzählungen, dass Verwandte „in die Partei ‚eintreten mussten“; dass diese dies oder jenes „im Gegensatz zu den ‚Nazis‘ nicht aus Überzeugung“ getan hätten; dass sie „im Rahmen ihrer Funktionen“ für Partei oder Staat stets versucht hätten, „sich wie gute Menschen zu verhalten“ (ebd.: 205). Es sind solche Geschichten, die sich bei den Fragen nach „Opfern“ und „Helfern“ in der eigenen Familie zu den hohen Zahlenwerten addieren.

Die Einlassungen der Deutschen in ihren Entnazifizierungsverfahren der späten 1940er Jahre lassen sich in der Tat nahezu identisch kennzeichnen (Leßau 2020: 213-267). Interessant ist an diesem Umstand aber, dass sich ihr Zuschnitt im historischen Blick nicht alleine aus den Absichten der Verfahrensbetroffenen erklären lässt. Mindestens ebenso sehr wurde dieser Zuschnitt durch den institutionellen Kontext bestimmt, in dem die Entnazifizierungsgeschichten entstanden. Von der Vergangenheit sprachen die Deutschen in den Prüfverfahren nicht anlasslos, sondern auf Aufforderung, die sie mittels eines umfangreichen Fragebogens erreichte. Dieser rahmte das Sprechen über individuelle NS-Vergangenheiten in der Entnazifizierung entscheidend, indem er bestimmte Perspektiven und Themen festlegte, andere hingegen unberücksichtigt ließ. Im Interesse einer praktikablen Durchführung der Entnazifizierung beschränkte sich der Fragebogen dabei vor allem auf geschlossene, häufig nur mit Ja oder Nein zu beantwortende Fragen nach

Mitgliedschaften und Funktionärsämtern in einer Reihe von politischen Organisationen und staatlichen Institutionen. Nach der Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen fragte der Fragebogen nicht; nicht einmal nach dem Wissen um diese. Deren Aufklärung war Aufgabe der Strafjustiz, nicht der Entnazifizierungsbürokratie (Raim 2013). Dass die Deutschen in ihren Überprüfungsverfahren vor allem über Mitgliedschaften und Funktionärstätigkeiten sprachen, nicht aber über die Judenvernichtung und andere Massenverbrechen des Nationalsozialismus, lag insofern auch entscheidend daran, dass sie hiernach nicht gefragt worden waren.

### Formen der Distanzgewinnung

Der Fragebogen und die weiteren Regeln der Prüfverfahren bestimmten aber nicht nur in diesem Sinne, worüber in der Entnazifizierung (nicht) gesprochen wurde. Sie prägten vor allem die Art und Weise, wie sich die Deutschen zu ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus positionierten. Zwei Dinge waren hierfür entscheidend: Erstens honorierte die Entnazifizierung gerade keine kritische Haltung zur eigenen Vergangenheit. Mit dem Fragebogen sollte eine Einschätzung über politische „Verlässlichkeit“ einer Person im Nachkrieg gerade durch einen Blick auf dessen Vergangenheit geklärt werden. Insofern mussten Betroffene Distanz zum Nationalsozialismus eben auch schon für diese Vergangenheit behaupten. Eine Haltung, die eine engagierte Unterstützung des Nationalsozialismus als Fehler

eingestand, für den man sich nun im Nachkrieg schäme, hätte vielleicht Anerkennung unter dem Prüfpersonal gefunden. Sie hätte aber dennoch scharfe Sanktionen nach sich gezogen, weil für die abschließende Kategorisierung die „Belastungen“ aus der Vergangenheit entscheidend waren, nicht eine reuige oder selbstkritische Haltung in der Gegenwart.

Diese Aufgabe, sich bereits für die Zeit vor 1945 in Distanz zum Nationalsozialismus zu setzen, lösten die zu entnazifizierenden Deutschen ganz überwiegend nun nicht damit, dass sie dreist logen und etwa Mitgliedschaften oder Ämter in NS-Organisationen verschwiegen. Schon lange weiß die historische Forschung, dass das Ausmaß der „Fragebogenfälschung“ ausgesprochen gering war (etwa Niethammer 1972). Stattdessen versuchten die Deutschen, sich in der Entnazifizierung in Distanz zum Nationalsozialismus zu bringen, indem sie ausführlich von ihrem eigenen Leben erzählten. Hierfür schuf der Fragebogen, das ist der zweite Punkt, ungeplant eine hervorragende Ausgangslage. Seinem pragmatischen Schematismus, der aus formalen „Belastungsmerkmalen“ auf das Verhältnis zum Nationalsozialismus schloss, hielten viele zu Überprüfende ihre jeweiligen Biografien entgegen und betonten, dass diese mit den allgemeinen Kriterien der Entnazifizierung nicht angemessen bewertet werden könne. Dass sie etwa Mitglied in der NSDAP geworden seien, so argumentierten hunderttausende Deutsche, würde in ihrem Fall nichts über ihre Einstellung zum

Nationalsozialismus aussagen, weil für den Parteieintritt besondere Umstände verantwortlich gewesen seien. Diese schilderten zahllose Deutsche den Entnazifizierungsstellen durchaus ausführlich mit biografischen Erzählungen über ihr Leben, die die „innere Einstellung“ der betreffenden Personen zum Nationalsozialismus besser zu kennzeichnen vorgaben als die standardisierten Angaben des Fragebogens.

### Aus dem Schatten der Entnazifizierung heraustreten

Nicht was man getan hatte, stand insofern in der Entnazifizierung zur Disposition. Vielmehr suchten der Fragebogen und die Einlassungen der Verfahrensbetroffenen die Frage zu beantworten, was jemand gewesen war, nämlich „Nationalsozialist“ oder nicht. Erzählungen davon, wie man NS-Opfern geholfen hatte, wie man gegen Ungerechtigkeiten wenigstens im Rahmen des Möglichen protestiert hatte, wie man Nachbar\*innen oder Arbeitskolleg\*innen nicht bei der Gestapo angezeigt hatte, zeichneten insofern nicht deshalb ein falsches Bild von der Vergangenheit, weil sie erfunden wurden, sondern weil sie als Ausdruck einer inneren Einstellung ausgegeben wurden, die andere Momente des Zustimmens und Mitmachens überdeckte. Wo man das NS-Regime unterstützt hatte, wo man in Organisationen eingetreten war oder für sie Ämter erfüllt hatte, war dies in den Entnazifizierungsgeschichten stets nur auf äußeren Anlass, auf sozialen Druck oder berufliche Verpflichtungen hin geschehen. Mit dieser

Trennung zwischen innerlicher Einstellung und äußerlichen Zwängen gelang es zahllosen Deutschen, in der Entnazifizierung Erzählungen über das eigene Leben zu finden, die ohne Lügen auskamen und dennoch das falsche Bild einer scharfen Grenze zwischen sich und „den Nationalsozialisten“ zeichnen.

Nicht nur diese falschen Bilder spuken bis heute in den Familiengedächtnissen vieler Deutscher herum. Es ist vor allem die mit ihnen verbundene Perspektive auf individuelle NS-Vergangenheiten, die den Blick der Nachkommen auf ihre eigene Familiengeschichte bis in die Gegenwart bestimmt. Im öffentlichen Erinnern an den Nationalsozialismus ist das anders. Hier haben zahlreiche erinnerungspolitische Einschnitte seit den 1960er Jahren dafür gesorgt, dass der Blick auf „die Nationalsozialisten“ inzwischen vor allem von dem gelenkt wird, „was sie taten und weniger von dem, was sie waren“ (Herbert 2004: 39). Im familiären, privaten Erinnern blieben solche weitreichenden Einschnitte allerdings aus, die zu einer Neujustierung der Kriterien und Perspektiven des Erinnerns zwangen. Insofern ließen sich die beständigen Umfragezahlen statt als Ergebnis emotionaler Bedürfnisse der Nachgeborenen oder einer verweigerten Aufarbeitung auch einfach als Ausdruck einer eigentlich überkommenden, aber eben tradierten Art verstehen, über den Nationalsozialismus zu sprechen. Ihr mit der Popularisierung anderer Perspektiven und Kriterien ein Ende zu setzen, wäre eine Aufgabe für die gegenwärtige Erinnerungsarbeit, um

das familiäre Gedächtnis aus dem langen Schatten der Entnazifizierung zu befreien.

### Literatur

Herbert, Ulrich: »Wer waren die Nationalsozialisten?« Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Hirschfeld, Gerhard/Jersak, Tobias (Hg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionselemente zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 17-42.

Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten: Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.

Multidimensionaler Erinnerungsmonitor (MEMO-Studie) III/2020, hrsg. von Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung/Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972.

Raim, Edith: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, München 2013.

Salzborn, Samuel: Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern Leipzig/Berlin 2020.

Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

## Über die Autorin

Die Historikerin und Ausstellungsmacherin  
Dr. Hanne Leßau arbeitet als wissenschaftliche  
Mitarbeiterin am NS-Dokumentationszentrum  
der Stadt Köln.

### Die Rolle des Statistischen Bundesamts bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus

Von Rosa Fava

Der „Multidimensionale Erinnerungsmonitor“ (MEMO) interessiert sich für Zusammenhänge zwischen den Motiven für eine Beschäftigung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und thematisiert deshalb auch einen Migrationshintergrund:<sup>1</sup> Bei der Nennung verschiedener soziologischer Kategorien zur Unterscheidung der Befragten heißt es, „24,6 % der Befragten geben an, einen Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes zu haben“ (MEMO 2021: 7). Auffällig ist die Formulierung: Die Nennung des Migrationshintergrundes nach Definition des Statistischen Bundesamtes wird als aktiver Akt der Befragten dargestellt, während andere „demografische Indikatoren“ wie Alter, Geschlecht, formaler Bildungsabschluss oder Wohnort als objektive Gegebenheiten behandelt werden. Eine solche spontane Selbstbeschreibung der Befragten erscheint unrealistisch, auch wenn viele eingewanderte Menschen

---

<sup>1</sup> Seit Jahren gibt es Empfehlungen dafür, je nach Gegenstand eine treffende Bezeichnung einzusetzen, zuletzt von der selbst begriffslosen Fachkommission Integrationsfähigkeit (<https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/fk-int/themen/migrationshintergrund>), einige sind hier zusammengefasst: <https://mediendienst-integration.de/artikel/alternativen-zum-migrationshintergrund.html> (letzter Zugriff jeweils 20.08.2021)

oder Personen mit eingewanderten Eltern den „Migränegrund“ (Fatih Cevikkollu) zu einem „Migrationsvordergrund“ umpolen und wie bei einer Polizeikontrolle mit den Papieren der Personalausweisbehörde des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat oder analoger Instanzen in der Hand in die Vorwärtsverteidigung gehen. Andere fühlen sich vielleicht motiviert zu betonen, dass sie keinen „Nazihintergrund“ haben, wie eine kurze Zeit im Feuilleton als Gegenschlagwort diskutiert. Wahrscheinlicher ist aber, dass die Verfasser\*innen den vor allem im gegebenen Kontext auch unangenehmen Akt des Abfragens der Abstammung von sich abspalten und auf die Befragten projizieren.

Wofür der Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes ein Indikator sei, außer vielleicht für die berührte Staatsnähe von Deutschen, wird nicht ausgeführt. Man erfährt auch nicht, wie die 24,6 % sich auf die anderen Kategorien verteilen: Sind sie in der Stichprobe in den Altersgruppen oder Wohnorten gemäß ihrer tatsächlichen Verteilung vertreten? Sind ihre Bildungsabschlüsse repräsentativ für die Verteilung von Bildungsabschlüssen unter den Menschen mit Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes in der Gesamtbevölkerung und ihrer Differenz zur Verteilung der Bildungsabschlüsse der Menschen ohne Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes? Wer unter den 24,6% ist selbst eingewandert, vor 2 oder vor 60 Jahren? Wer hat ein oder zwei

eingewanderte Eltern und wahrscheinlich in Deutschland die Schule, eine der wichtigsten Enkulturationsinstanzen in die „Erinnerungskultur“, besucht?

### Die Herkunft der Vorfahren

Es gibt nur eine Bezugnahme darauf, welche Rolle der Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes mit Blick auf den Gegenstand der Studie spielt oder auch nicht:

„Nicht untersucht wurde in den bisherigen Studien die Frage, inwiefern alle Befragten einen unmittelbaren familienbiographischen Bezugspunkt zur NS-Zeit haben. Angesichts komplexer Migrationsbiographien ist anzunehmen, dass nicht alle heute in Deutschland lebenden Menschen Vorfahren in der deutschen NS-Gesellschaft hatten. Von den 1.000 Befragten in der aktuellen Studie geben 16,4 % an, dass keine ihrer Vorfahren während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland gelebt haben.“ (Ebd.: 16)

In einer Anmerkung wird dazu ausgeführt:

„Dieser Anteil der Befragten ist nicht deckungsgleich mit dem Anteil der Teilnehmer:innen in der vorliegenden Studie, die einen Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes berichten (24,6 %). Diese Diskrepanz unterstreicht die Diversität familiärer Migrationsbiographien in der deutschen Gesellschaft. Dichotome Vergleiche der Antworten von Befragten mit und ohne Migrationshintergrund stellen eine starke Vereinfachung dar.“ (Ebd. Anm. 3)

Wenn auch kompliziert ausgedrückt, macht der Bericht deutlich, dass auch eine über das Statistische Bundesamt als mit Migrationshintergrund definierte Person „Vorfahren in der deutschen NS-Gesellschaft“ gehabt haben kann, was als deckungsgleich mit „unmittelbaren familienbiographischen Bezugspunkten“ zu gelten scheint. Dies unterstreicht, wie die Anmerkung es andeutet, dass der Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamtes für die Kategorie „unmittelbare familienbiographische Bezugspunkte“, für die er wohl als Indikator dienen sollte, keine Aussagekraft besitzt. Wie viele der 16,4% ohne Vorfahren, die während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland gelebt haben, Vorfahren im besetzten Polen oder den bombardierten Städten Englands hatten, wurde nicht gefragt/angegeben.

Ob eine solche Vergangenheit als „unmittelbarer familienbiographischer Bezugspunkt“ gelten könnte, ist nicht klar. Die Befragung lässt lediglich einen „Einfluss“ angeben: Auf die Frage, wie stark das Leben der Vorfahren „von der Zeit des Nationalsozialismus beeinflusst“ gewesen sei, auch wenn sie nicht in Deutschland gelebt hatten, antworten mit „sehr stark“ sogar 21,2%, jede\*r Fünfte, mit „stark“ 15,2% und mit „teils/teils“ 15,4%. Insgesamt 51,8% der Bevölkerung ohne Vorfahren im nationalsozialistischen Deutschen Reich, gut die Hälfte, geben an, ihre Vorfahren seien vom Nationalsozialismus „beeinflusst“ gewesen.

Was das bedeutet, ob ein Vorfahre zum italienischen Militärinternierten wurde, eine

Vorfahrin in Tunesien für die deutschen Truppen Wäsche gewaschen hat oder die Vorfahrin aus den USA als Kind rechtzeitig in das Mandatsgebiet Palästina gebracht worden war, ein Vorfahre sich der Wehrmachts- und dann SS-Einheit „Legion Freies Indien“ anschloss, aus Argentinien kommt und selbst einen SS-Mann zum Vorfahren hat oder als französischer Kolonialsoldat aus dem Senegal mit oder gegen Deutschland kämpfte, gaben die Befragten nicht an. Vielleicht glauben einige auch nur, die Vorfahren seien vom Nationalsozialismus beeinflusst gewesen, genauso wie viele Befragte ohne Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamts Dinge über ihre Vorfahren angeben, die gar nicht wahr sein müssen. Vielleicht gibt auch jemand an, die deutschen Vorfahr\*innen aus Danzig hätten nicht in Deutschland gelebt, weil das in Polen liegt.

### Motive für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

So bleibt als einzige Erkenntnis der wenig überraschende Befund: „Die geringste Auseinandersetzung berichten diejenigen,<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die Formulierung kann so gelesen werden, dass alle diejenigen ohne Vorfahren in der NS-Zeit in Deutschland und ohne ihnen bekannten Einfluss des Nationalsozialismus auf das Leben dieser Vorfahren „berichten“, dass sie sich nicht oder wenig mit dem Nationalsozialismus befassen. Weil dies – jenseits der Stichprobe zumindest – nicht der Fall ist, müsste es heißen, dass es in dieser Gruppe ‚ohne Vorfahren und ohne Einfluss‘ die meisten Personen gibt, die sich wenig oder gar nicht mit dem Nationalsozialismus beschäftigen.

deren Vorfahren in der NS-Zeit nicht in Deutschland gelebt haben und deren Leben von der Zeit des Nationalsozialismus wenig oder gar nicht beeinflusst war.“ (Ebd.: 16) Beide Größen wurden jedoch abgefragt/angegeben und gehen nicht aus dem Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamts hervor.

Obwohl knapp 52% derjenigen ohne Vorfahren in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus das Leben dieser Vorfahren als mehr oder weniger stark vom Nationalsozialismus beeinflusst angeben, ist die einzige Beziehung,<sup>3</sup> die die Studie selbst zwischen nun wiederum insgesamt Menschen mit Migrationshintergrund nach Definition des Statistischen Bundesamts und dem Nationalsozialismus herausstellt, eine sehr indirekte:

„Während die Erfahrungen der eigenen Vorfahren während des Nationalsozialismus einen möglichen Zugangsweg zur Thematik darstellen, erscheinen auch die vielfältigen Migrationsbiographien ohne direkten NS-Bezug und gegenwärtige, eigene Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung als

<sup>3</sup> Zwar wird auch gefragt, ob die Befragten Vorfahr\*innen hatten, die Zwangsarbeit leisten mussten. Diese ist aber nicht als Zwangsarbeit von Ausländer\*innen definiert, und es kann aber sein, dass auf die Frage „Mussten Vorfahren von Ihnen, die in der NS-Zeit verfolgt wurden, als Zwangsarbeiterinnen oder Zwangsarbeiter für das Regime arbeiten?“ auch Nachkomm\*innen deutscher Juden\*Jüdinnen oder als Kommunist\*innen, „Asoziale“, „Kriminelle“ usw. Verfolgte mit „Ja“ geantwortet haben.

mögliche Motive, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.“ (Ebd.: 30f)

Die drei Größen „Erfahrungen von Vorfahren während des Nationalsozialismus“, „Migrationsbiografien ohne direkten NS-Bezug“ und „gegenwärtige, eigene Erfahrungen von Rassismus und Diskriminierung“ sind demnach gleichgeordnete und „mögliche“ Motive dafür, sich mit dem Nationalsozialismus zu befassen. Es ist, unterm Strich, alles auch etwas egal und über Zusammenhänge weiß man nichts. Vielleicht sind als vierter Punkt auch „vergangene Erfahrungen von Rassismus“ ein Motiv für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Und wenn eine „Migrationsbiografie“ ohne direkten NS-Bezug motivierend wirkt, könnte fünftens eine mit direktem NS-Bezug dies ebenfalls tun.

Vieles ist also möglich und ein Zusammenhang zwischen dem Statistischen Bundesamt und Motiven für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist vielleicht auch möglich.

### Über die Autorin

Dr. Rosa Fava arbeitet als Leiterin von „ju:an“-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit, einem Projekt der Amadeu Antonio Stiftung.

### „Ich fühle mich wie Sophie Scholl“ - Anmerkungen zu Geschichtsrevisionismus und Verschwörungsmythen in der Querdenken-Bewegung

Von Tom Uhlig

„Ich bin Jana aus Kassel und ich fühle mich wie Sophie Scholl“, verkündete eine junge Rednerin im November 2020 bei einer Kundgebung der Querdenken-Demonstration in Hannover. Ein Videomitschnitt der Rede wurde in den Sozialen Medien viral, weil ein Ordner daraufhin lautstark den Dienst quittierte. Nach einiger Aufregung setzte Jana aus Kassel jedoch ein zweites Mal an – und auch diesmal verglich sie sich mit Sophie Scholl.

Die Relativierung des Nationalsozialismus und insbesondere der Shoah ist ein Grundsound, der Querdenken von Anfang an begleitet und ständig mitschwingt. Wenige Tage vor der Demonstration in Hannover verglich sich unter Aufsicht ihrer Mutter ein 11-jähriges Mädchen mit Anne Frank, da sie Schwierigkeiten gehabt habe, in Pandemiezeiten ihren Geburtstag zu feiern. Ken Jebsen, einer der einflussreichsten Verschwörungsideologen in Deutschland, verglich die Sicherheitsmaßnahmen der Bundesregierung gegen die Pandemie mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933. Auf zahlreichen Plakaten und Transparenten der Protestierenden werden ähnliche Vergleiche gezogen: Man vergleicht den Virologen Christian Drosten mit Josef Mengele, Angela Merkel mit Hitler und sich selbst mit Stauffenberg.

Bereits als die Proteste noch unter dem Namen Hygiene-Demos firmierten, wurden bei Teilnehmenden T-Shirts mit aufgedruckten „Judensternen“ gesichtet, auf denen „ungeimpft“ zu lesen war. Das Milieu inszeniert sich systematisch selbst anstelle der Opfer des Nationalsozialismus, während die völkische und antisemitische Ideologie innerhalb der Querdenken-Bewegung gedeiht.

Der Geschichtsrevisionismus der Querdenken-Bewegung erfüllt mindestens zwei Funktionen: Zum einen dient der Vergleich zum Nationalsozialismus, bisweilen auch zur DDR, der Dämonisierung des politischen Gegners. Man wähnt sich in einer Diktatur, die sämtliche Widerstandsformen angemessen erscheinen lässt. Zum anderen wird durch die Identifizierung mit den Opfern des Nationalsozialismus versucht, Kritik an der eigenen völkischen Ideologie im Vorhinein zu entkräften. Wenn man den politischen Gegner\*innen entgegenschleudert, Nazis zu sein, lenkt das von den Nazis in den eigenen Reihen ab. Das ist offenbar zumindest die Annahme, ganz geht die Rechnung nämlich nicht auf. Wie die MEMO-Studie IV (2021) gezeigt hat, ist der Geschichtsrevisionismus der Querdenker\*innen keineswegs mehrheitsfähig. Lediglich rund 4% der Befragten halten einen Vergleich der gegenwärtigen sozialen Situation in der Corona-Pandemie mit der Zeit des Nationalsozialismus für legitim, noch einmal 6% antworteten mit „teils/teils“ (vgl. ebd., S. 27). 9 von 10 Personen lehnen diesen Vergleich also ab, was im Umkehrschluss allerdings nicht bedeutet, dass die Ideologie der Querdenker\*innen

keinerlei Schnittmenge mit der sogenannten Mehrheitsgesellschaft hat.

Weniger als die Hälfte der Befragten lehnt die Aussage ab, es gäbe „geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, womit explizit keine Lobbygruppen gemeint waren. 22% glauben, „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ und noch einmal so viele sind sich dabei zumindest unsicher (vgl. ebd., f.). Auch in Bezug auf apologetische Argumentationsmuster sieht es ähnlich aus: Ein Viertel zeigt Verständnis dafür, wenn „die Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus nichts von den Verbrechen des Nazi-Regimes wissen wollten“ und 20% sprechen die deutsche Bevölkerung von einer „Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus“ frei. Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass der Großteil der Bevölkerung nicht mit den Verharmlosungen der Querdenker einverstanden ist, eine beträchtliche Menge jedoch die darin enthaltene Apologetik und den Geschichtsrevisionismus teilt. Der größte Anknüpfungspunkt bildet der Glaube an Verschwörungsmythen. Dieser Befund überrascht nicht: Die Verschwörungsideologie ist insbesondere in Deutschland völkisch grundiert, da sich diese Art zu denken aber geschichtlich desavouiert hat, muss zunächst die Geschichte umgeschrieben werden.

Das Potenzial, breite Bevölkerungsteile

miteinander zu verbinden, bildet sich innerhalb der Querdenken-Bewegung wie unterm Brennglas ab. Augenscheinlich sind die Protestierenden in sehr heterogenen politischen Richtungen verortet: Es finden sich hier Reichsbürger\*innen, Neonazis vom Dritten Weg und der NPD, Anhänger des faschistischen „Höcke-Flügels“ der AfD, Querfrontler\*innen, Esoteriker\*innen, Naturheilpraktiker\*innen, regressive Linke und das Milieu, das spätestens seit PEGIDA unter dem Label „besorgte Bürger“ bekannt ist. Die Masse steckt also voller Widersprüche und viele der Protestierenden distanzieren sich in Interviews wahlweise von rechten, linken oder esoterischen Strömungen innerhalb der Bewegung. Allerdings werden die politischen Differenzen nicht für gewichtig genug erachtet, um mit den jeweils anderen nicht mehr auf der Straße stehen zu wollen. Es gibt einen gemeinsamen Nenner, wenn der auch gar nicht so leicht auszumachen ist. Befragt man die Protestierenden, was es denn mit der Corona-Pandemie „in Wahrheit“ auf sich habe, bekommt man sehr unterschiedliche Erzählungen angeboten: Manche halten Corona für eine Erfindung der Medien, andere glauben, dass Corona nur so gefährlich wie eine Grippe sei, wieder andere halten Corona für gefährlich, einen möglichen Impfstoff jedoch für wesentlich gefährlicher, manche glauben, dass Georges Soros hinter Corona stecke, andere vermuten Bill Gates als Drahtzieher oder das „Merkel-Regime“, die „New World Order“, die Rothschilds, Rockefellers, „The Zionist Occupied Gouvernement“, die

Bilderbergerkonferenz, die Illuminaten, die da oben oder einfach nur „ihr wisst schon wer“. Es ist nicht ungewöhnlich, dass in ein und derselben Rede ganz unterschiedliche vermeintliche Drahtzieher\*innen benannt werden, und zu keinem Zeitpunkt verlangen die Zuhörer\*innen zu wissen, wer denn jetzt eigentlich wirklich dahintersteckt. Es kann also nicht die inhaltliche Einhelligkeit sein, welche die Protestierenden zusammenhält.

Scheinbar widersprechen sich die aufgerufenen Bilder und Chiffren, jedoch geht es bei der verschwörungsideologischen Weltdeutung nicht um den jeweils konkreten Inhalt der Verschwörungserzählung. Der Inhalt ist vollkommen beliebig und austauschbar, er flottiert frei und haftet sich dem nächstbesten Objekt an, wobei sich Objekte besser zu eignen scheinen, die sich irgendwie mit Jüdinnen\*Juden assoziieren lassen. Nicht der Inhalt, allein die Struktur der Erzählung ist wichtig und diese ändert sich nie: Eine geheime, finstere Clique lenkt im Verborgenen die Geschehnisse der Welt zum Schaden der Masse der Beherrschten. Ihre Macht ist grenzenlos, sie können jeden noch so kleinen Lebensbereich durchdringen. Die Verschwörungsideologie tendiert dazu, uferlos zu werden, nicht nur lediglich globale Großereignisse wie die Corona-Pandemie angeblich zu erklären, sondern bis in die winzigen Verästelungen des Alltags zu reichen. Für Menschen, die sich vollkommen dieser Denkform hingegeben haben, sind nicht nur Wirtschaft, Medien und Politik von Verschwörer\*innen beherrscht, sondern auch das Wetter, das durch geheime

Anlagen der USA in der Antarktis manipuliert werde, oder die Freundin, die einen verlassen hat, weil sie auf die feministische Agenda zur „Volkszersetzung“ Georges Soros‘ hereingefallen ist. Man selbst – das ist ein weiterer essentieller Bestandteil der Struktur – hat diese Herrschaft allerdings durchschaut. Gemeinsam mit den anderen Erleuchteten hat man verstanden, in wessen gierigen Händen die Fäden zusammenlaufen, man kennt die Namen und Gesichter dieser Leute, der Feind kann identifiziert werden. Darin unterscheidet man sich von den „Schafen“, die dumm in der Herde mitlaufen und die es deshalb „aufzuwecken“ gilt. Verschwörungsgläubige wollen häufig missionieren. Sie wännen sich im Einklang mit den Interessen des „Volkes“, das auf den Betrug reingefallen ist, aber potenziell auf ihrer Seite steht. Das Gefühl, zur Avantgarde zu gehören, legitimiert schließlich Gewalthandlungen. Wer Verschwörungsideologien in ihre praktische Konsequenz überführt, nämlich die angeblichen Verschwörer angreift, beruft sich dabei zumeist auf die schweigende Masse, das „Volk“, das man hinter sich wähnt.

Dieses „Volk“ ist in der Ideologie der Querdenker immer bedroht, wobei durch die Identifikation mit dem „Volk“ die vermeintliche Bedrohungslage zu einer sehr persönlichen Angelegenheit wird. Wenn das „Volk“ angeblich „zersetzt“, „betrogen“ oder „ausgelöscht“ werden soll, dann meinen die Protestierenden auch immer sich selbst. Man wähnt sich eins mit der Gemeinschaft des „Volkes“ und muss es gegen Angriffe

verteidigen. Als ein solcher Angriff wird etwa auch das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus erlebt. Prospektiv wehrt man ab, es dürfe kein Kollektivschuldvorwurf erhoben werden. Diesen Vorwurf hat es real nie in nennenswertem Maß gegeben, psychisch ist er aber präsent, da er durch das Agieren in der Gegenwart gerechtfertigt wird. Sich vor irgendeiner historischen Verantwortung zu drücken, bereitet den gemeinsamen Demonstrationszug mit Neonazis und Antisemit\*innen vor.

### Über den Autor

Tom Uhlig ist politischer Referent und Mitherausgeber von „Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie“ (Psychosozial Verlag, Gießen).

### Alle Erinnerungskultur nach Auschwitz ist Müll. Vom Nutzen und Scheitern der Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit

Von Ingolf Seidel

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, ist die Artikelüberschrift eine Paraphrase auf einen Satz Theodor W. Adornos, dem der Autor seinen dialektischen Zahn gezogen hat. Vollständig und korrekt heißt es bei Adorno „Alle Kultur nach Auschwitz, samt der dringlichen Kritik daran, ist Müll.« Ein paar Zeilen weiter heißt es dann »Wer für Erhaltung der radikal schuldigen und schäbigen Kultur plädiert, macht sich zum Helfershelfer, während, wer der Kultur sich verweigert, unmittelbar die Barbarei befördert, als welche die Kultur sich enthüllte.“ (Adorno 1966/2003: 359f.) Ich möchte die Dialektik des Satzes für einen Moment in dem Bewusstsein stillstellen, dass es aus ihr letztlich kein Entrinnen gibt und jegliche Kritik an dem, was wir gelernt haben als Erinnerungskultur zu bezeichnen, den Autor einbezieht.

#### Weshalb dieser Einstieg?

Für den Wettbewerb eines „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ reichte der Künstler Horst Hoheisel einen Entwurf ein, der vorsah, das Brandenburger Tor in Berlin zu Staub zu zermahlen und diesen auf dem Gelände des künftigen Denkmals zu zerstreuen. Damit war die Idee und Frage verbunden, ob sich die Deutschen von einem nationalen Symbol im Zuge dessen, was

als ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ gilt, verabschieden würden. Verwirklicht wurde Hoheisels Entwurf bekanntlich nicht. Realisiert wurde stattdessen ein „Ort, an den man gerne geht“, auf der Grundlage eines Vorschlags des Architekten Peter Eisenman; ein meist als Holocaust-Mahnmal bezeichneter Ort, dessen Stelenfeld als Spiel- und Tummelplatz unzähliger Touristengruppen und Schulklassen dient, der flankiert wird von einem unterirdischen „Ort der Information“; ein Ort der Kultur, der letztlich alle zufriedenstellt, die sich an den unzähligen Aufführungen im deutschen und internationalen „Gedächtnistheater“ (Y. Michal Bodeman) beteiligen und ihre eingeübten Rollen spielen. Werden diese infrage gestellt, gerät die Aufführung leicht ins Stocken. Ausgesprochen nachhaltig ist mir die Erinnerung an eine Teilnehmerin einer Fortbildung für Berliner und Brandenburger Lehrkräfte, die selbstverständlich betroffen davon war, „was man den Juden angetan hat“, die aber eine Auseinandersetzung mit Hoheisels Wettbewerbsbeitrag schon im Ansatz verweigerte. Das Brandenburger Tor zu zermahlen, alleine der Gedanke sei für sie eine Zumutung.

Bis heute hat laut der MEMO-Studie 2021 noch rund ein Viertel (25,2%) der Befragten Verständnis dafür, dass „die Deutschen während des Nationalsozialismus nichts von den Verbrechen des Nazi-Regimes wissen wollten“. Mit „teils/teils“ wurde diese Frage immerhin noch von 28,1% beantwortet. Noch 19,6% der Befragten gehen davon aus, dass die damalige deutsche Bevölkerung

keine Verantwortung für die NS-Verbrechen trüge („teils/teils“ 25,2%). Der Frage danach, ob „die deutsche Bevölkerung (...) während der NS-Zeit genauso gelitten (hat) wie die Gruppen, die durch das NS-Regime verfolgt wurden“ stimmten 17,8% („teils/teils“ 23,3%) zu. Gewiss, solche Zahlen lassen sich von unterschiedlichen Perspektiven her beurteilen. Vor dem Hintergrund jedoch, dass Deutschland noch immer als vorbildlich bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen gilt, zeigen die Ergebnisse, dass ein nicht geringer Bevölkerungsanteil an einer sich selbst exkulpierenden Sichtweise auf den Nationalsozialismus festhält. Dazu brauchte es nicht erst die revisionistische Forderung nach einer erinnerungspolitischen 180-Grad-Wende aus der faschistischen Ecke der Gesellschaft.

Insbesondere bei Jugendlichen wird immer wieder beklagt, dass es ihnen an Wissen über den Nationalsozialismus und seine Massenverbrechen mangelt. Ich möchte an die Untersuchung von A. Silbermann/M. Stoffers von 1997 mit dem als Frage formulierten Titel „Auschwitz: Nie davon gehört?“ erinnern. Bereits dort wurde festgehalten, dass es um das Faktenwissen über Auschwitz in Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei Jugendlichen, schlecht bestellt sei, während sie der Erinnerung an die Verbrechen einen hohen Stellenwert zurechnen. Doch die Wirksamkeit von Pädagogik ist eng begrenzt. Die Auseinandersetzung mit Täterschaft hatte und hat einen in Deutschland eher beiläufigen Charakter. Nicht zu Unrecht schrieb die Historikerin Ulrike Jureit von

Opferidentifizierungen und -fixierungen vor dem Hintergrund eines Gedenkens, das Züge einer säkularen Religion trägt (Jureit 2010: 38ff). Statt einer Aufarbeitungskultur wurde eine die postnationalsozialistische Gesellschaft entlastende Erinnerungskultur entwickelt. Um nicht missverstanden zu werden, es geht hier nicht um ein Entweder-Oder. Ob andere Wege der Vermittlung aus Auschwitz mehr als nur den kulturindustriell entrückten Artefakt machen, zu dem dieser Ort des Schreckens in der Rezeption geworden ist, sei dahin gestellt. Mangelndes Wissen über den Nationalsozialismus und dessen Massenverbrechen und das Unvermögen, die Geschichte an sich herankommen zu lassen, verweisen auf tieferliegende Probleme als reines Desinteresse.

Die Erinnerung an die Ermordeten der nationalsozialistischen Massenverbrechen, die „nicht nur Verbrechen an Massen, sondern auch Verbrechen von Massen“ (Geisel 1984: 15) waren, fundiert auf einem individualisierten Opfergedenken. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Kann doch die Erinnerung an die Einzelnen, denen die Nationalsozialisten nicht nur ihr Leben, sondern auch ihre Individualität nahmen, dazu dienen, den Ermordeten in der Erinnerung ihre Würde wiederzugeben. Vorausgesetzt, ein solches Eingedenken ist ein intentionsloses; eines, das nicht an nationale oder andere Interessen, das nicht an die eigene familiäre oder gesellschaftliche Exkulpation gebunden wird und das nach dem Fortwirken der gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus fragt. Dem ist allerdings

in erinnerungskulturellen Veranstaltungen mitnichten so.

### Die Wendung auf das spätkapitalistische Subjekt - Kultur statt Gesellschaft

Im Rahmen der Vereinigung der beiden postnationalistischen Gesellschaften und Staaten, von denen der eine – die DDR – aus richtigen wie aus falschen Gründen sich nicht in eine Kontinuität mit dem NS-Staat stellen wollte, entwickelte sich seit den 1990er-Jahren das, was heute in der Regel Erinnerungskultur genannt wird. Damit einher ging die Entwicklung einer 1999 verabschiedeten bundesweiten Gedenkstättenkonzeption. Mit ihr wurden sowohl „Gedenkstätten für die Opfer von Krieg und NS-Gewaltherrschaft“ als auch solche „für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ und der DDR“ staatlich gefördert. Grundsätzlich ging mit der Gedenkstättenkonzeption des Bundes ein Schub sowohl in der Memorialkultur einher als auch in der wissenschaftlichen Erforschung von Orten des NS-Terrors sowie der sich entwickelnden Gedenkstättenpädagogik. Die Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung für die Gedenkstättenkonzeption liegt bei der\*dem 1998 von der rot-grünen Regierung geschaffenen Beauftragte\*n der Bundesregierung für Kultur und Medien, kurz BKM. Diese Zuordnung kann im Zusammenhang mit dem seit den 1980er-Jahren zunehmenden Einfluss der Kulturwissenschaften betrachtet werden.

Die eingangs angeführte Kritik Theodor W.

Adornos an der Kultur ist eingebettet in eine Kritik am falschen gesellschaftlichen Ganzen und zu lesen vor dem Doppelcharakter von Kultur, der auf die Gesellschaft zurückverweist (Adorno 1959/2003: 94).

Eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Strukturen, die den Nationalsozialismus ermöglichten, leistet weder die sogenannte Aufarbeitung der Vergangenheit noch die sich spät entwickelnde Erinnerungskultur. Im Gegenteil gründete sich auf dem scheinbar vorbildlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit ein neuer Nationalmythos, der sich jedoch bei einem Blick in die Gegenwart als kurzlebig und brüchig erweist. In der Mehrzahl der Gedenkstätten wird eine zunehmend ausdifferenzierte und vielschichtige Bildungsarbeit geleistet. Ein methodischer Ausdruck davon ist das Lernen mit Biografien. Doch stellt sich hier nicht allein die Frage nach zunehmend besseren pädagogischen Methoden.

Die von Adorno vertretende „Wendung aufs Subjekt“ (Adorno 1967/1971: 90) fußt darauf, dass nach 1945 die „objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse fortbestehen, die den Faschismus zeitigten“ (ebd.: 22), aber die „gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die solche Ereignisse ausbrüten, zu verändern, heute aufs äußerste beschränkt“ (ebd.: 89) seien. Darauf gründet das berühmte Diktum seines Radiovortrags mit der „Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei“ als „allererste an Erziehung“ (Adorno ebd.: 88). Unbeachtet bleibt in dem, was sich in der Folge als *Erziehung nach Auschwitz* etablierte,

insbesondere die Zentralkategorie der Verdinglichung, obwohl sie, wenn auch beinahe verklausuliert, noch präsent ist, wenn Adorno in dem gleichnamigen Text, der auf einem Radiovortrag beruht, über den Typus des „verdinglichten Bewußtseins“ (ebd.: 98) schreibt. Dieses Bewusstsein ist keineswegs ein rein historisches, im Gegenteil.

Dies bedarf einer Erläuterung. Für die Einführung der Rezeption gibt Adorno teils selbst den Anlass, indem er seine normative und universalistische Forderung an die Erziehung erhebt. Gegen Ende des Textes wird das Diktum zugleich präzisiert und relativiert. Adorno fordert, dass der schulische Unterricht sich „in Soziologie“ (ebd.: 104) zu wandeln habe, die über das »gesellschaftliche Kräftespiel« (ebd.) aufklärt. Offensichtlich schwebte Adorno eine andere Form der schulischen Aufklärung vor, als sie Gedenkstättenpädagogik oder der Schulunterricht leisten. Sein Ziel war es, die Menschen darüber aufzuklären, wie sie geworden sind, was sie sind, also das verdinglichte Bewusstsein selbst zum Thema zu machen. Eine Fehlinterpretation von Adorno findet sich in einem Aufsatz von Matthias Heyl (Heyl 2001). Der Gedenkstättenpädagoge rezipiert Adornos Vortrag zwar ausführlich. In einer erziehungswissenschaftlichen Volte wird bei ihm aus der Forderung, den Unterricht in Soziologie zu wandeln, eine historische Auseinandersetzung mit dem Holocaust und mit Entscheidungsspielräumen Einzelner, die den Umstand, dass die Teilnehmenden von Bildungsveranstaltungen selbst der Verdinglichung erliegen, ebenso ausblendet wie die

Verstrickung von Bildung und Erziehung in die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

In den letzten Sätzen seiner Abhandlung relativierte Adorno die mögliche Reichweite einer Erziehung nach Auschwitz. Er sah deren Möglichkeiten vor allem darin, ein Nachwachsen von Direkttätern einzugrenzen. Was den erzieherischen Einfluss auf die Möglichkeit anbelangt, eine neue Generation von Schreibtischtätern zu verhindern, blieb Adorno skeptisch (ebd.: 105). Insgesamt stellt sich die Frage, wie die Vermittlungsarbeit den vielfältigen ethisch-moralischen Ansprüchen und Erwartungen genügen soll, die an sie gestellt werden. Zumal unter gesellschaftlichen Bedingungen, in denen Erziehung die Subjekte in erster Linie für den Arbeitsmarkt einpassungsfähig macht.

Das Verdinglichungsmotiv wurde von der kritischen Gesellschaftstheorie aufgegriffen im Anschluss an Georg Lukács' Ausführungen in „Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats“ aus der Textsammlung »Geschichte und Klassenkampf. Studien über materialistische Dialektik“ (Lukács 1923/1970). Lukács setzte auf eine Rekonstruktion von Marx, die auf dessen Weiterentwicklung der Hegelschen Dialektik begründet wurde. Die Grundlage der Verdinglichung liegt dabei im Waren- und Tauschcharakter, auf dem die kapitalistische Vergesellschaftung beruht. In ihr nimmt das Verhältnis zwischen den Menschen „den Charakter einer Dinghaftigkeit“ (ebd.: 170) an. Die Warenkategorie ist universell und total, da die Arbeitskraft selbst als Ding am Arbeitsmarkt verkauft wird und

das menschliche Bewusstsein prägt.

Das Dinghafte in den zwischenmenschlichen Beziehungen, das „Zur-Ware-Werden einer Funktion des Menschen“ (ebd.: 183), wird von den Warensubjekten aufgrund seiner Abstraktion als naturgegeben angesehen und der Veränderung entrückt. Eine grundlegend gesellschaftliche Kategorie wie Verdinglichung geht nicht allein im Kulturellen auf, demzufolge auch nicht in der pädagogischen Vermittlungsarbeit. Hier besteht ein Widerspruch, der in Adornos Text selbst angelegt ist. Das verdinglichte Bewusstsein zeichnet sich durch seine Aufklärungsresistenz aus. Es wird geradezu verstockt angesichts der Zumutungen, denen es ausgesetzt ist. Die Wendung auf das Subjekt ist eine auf das beschädigte und zum Scheitern verurteilt, solange nicht mindestens in den Bedingungen der formalen Bildung grundlegende Änderungen eintreten.

### Mögliche Konkretisierungen

Es ist zugegeben schwierig und inkonsequent, die Ausführungen Adornos in einzelne konkrete politische Forderungen zu übertragen. Für die Auseinandersetzung mit Verdinglichung braucht es weder ein Adorno-Seminar noch historisch-politische Bildung, um das hohe Ziel von Mündigkeit anzusteuern, das Adorno vorschwebte.

Im Bereich der Gedenkstättenpädagogik wird inzwischen der Gedanke des\*der allwissenden Vermittler\*in hinterfragt, wie das Projekt *Geschichte im Dialog* zeigt. Dort werden gängige Rundgangskonzepte infrage

gestellt, es wird auf eine prozessorientierte Herangehensweise gesetzt, die auch Arbeit an der Haltung der Vermittler\*innen ist.

Ein möglicher Ansatzpunkt jenseits der Gedenkstättenpädagogik wäre die Demokratisierung von Schule. Es nutzt wenig, Jugendlichen Demokratieprogramme oder Schüler\*innen Jugendparlamente als Trockenübungen zu offerieren, wenn sie gleichzeitig die eigene Ohnmacht in schulischen Gremien erleben, in denen sie im Allgemein einer Zweidrittelmehrheit von Erwachsenen gegenüber sitzen. Es sind keine jugendlichen Flausen, wenn Schüler\*innen artikulieren, dass sie, abgestuft nach Alter, den Anspruch auf reale Partizipation erheben und beispielsweise bei der Einstellung von Lehrkräften mitreden wollen. Keine noch so ausgefeilte pädagogische Methodik und Didaktik, die sich aus Erwachsenensicht an vermeintlich jugendlichen Bedürfnissen orientieren, können die Erfahrung von realen Aushandlungsprozessen und der Möglichkeit, für die eigenen Interessen einzutreten, ersetzen. Sonst bleiben Erziehung und Bildung bei der, um abschließend noch einmal Adorno anzuführen, „immanenten Unwahrheit der Pädagogik« (Adorno 1965/2003: 661), weil sie »keine rein sachliche Arbeit um der Sache willen ist. Diese wird vielmehr pädagogisiert. Dadurch allein schon dürften die Kinder unbewußt sich betrogen fühlen.“ (Ebda.)

### Literatur

Theodor W. Adorno (1959/2003): Theorie der Halbbildung, S. 93-121, in: ders.: Gesammelte Schriften 8, Soziologische Schriften I.

Theodor W. Adorno (1965/2003): Tabus über dem Lehrberuf, S. 656-673, in: ders.: Gesammelte Schriften 10.2., Kulturkritik und Gesellschaft II.

Theodor W. Adorno (1966/2003): Negative Dialektik, S. 9-412, in: Gesammelte Schriften 6, Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit.

Theodor W. Adorno (1967/1971): Erziehung nach Auschwitz, S. 88-104, in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit.

Eike Geisel (1984): Alle sind Sieger. Die Wiedergutwerdung der Deutschen, S. 9-34, in: ders.: Lastenausgleich, Umschuldung. Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays, Polemiken, Stichworte.

Matthias Heyl (2001): Erziehung nach und über Auschwitz – dass der Unterricht sich in Soziologie verwandele...., <http://www.fase-na.de/>.

Ulrike Jureit (2010): Opferidentifikation und Erlösungshoffnung: Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht, S.17-103, in: dies./Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung.

Georg Lukács (1923/1970): Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 1. Dezember 2021. Es widmet sich dem Widerstand von Jugendlichen gegen den Nationalsozialismus.

Am 17. November 2021 erscheint die verschobene Sonderausgabe zu „Verschwörungsmythen in Geschichte und Gegenwart“ mit Texten aus einem Seminarprojekt des Zentrums für Antisemitismusforschung.

## I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Redaktion: Pascal Beck, Thomas Hirschlein, Michael Papendick, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch die *Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)*.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autor\*innen und der Textquelle genutzt werden.